

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllringhaus, Berlin.
Telephon: Emil Dörfel 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Cepedian

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Rückgabe beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 25. Nov. 1931.

Tod und Hunger!

Int. Institut
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

Das "Dritte Reich" in der Wirklichkeit.

SPD. Hitler hat seit dem Ulmer Reichswehrprozess die Legalität seiner Bewegung wiederholt vor Gericht beschworen. Diese Legalitätsbeteuerungen sind fortgesetzt worden in den politischen Besprechungen, die Hitler und seine Beauftragten in den letzten Monaten und Wochen geführt haben. Der Wert dieser Versicherung wird dadurch vernichtet, dass nachweisbar in einer Landorganisation der NSDAP, und zwar in der hessischen, offenkundig illegale Bestrebungen hochverräterischen Charakters im Gange sind. Die dokumentarischen Beweise dafür befinden sich in der Hand des hessischen und des preussischen Innenministeriums, des Reichsministeriums des Innern und der Oberreichsanwaltschaft.

Aus den Dokumenten geht folgendes hervor: Mitte September hat eine geheime Besprechung der Landesführung der NSDAP in Hessen auf dem Boxheimer Hof bei Lampertheim stattgefunden. An dieser Besprechung nahmen teil: die nationalsozialistischen Führer und heutigen Landtagsabgeordneten Hauptmann a.D. Wassung, Gerichtsassessor Dr. Best, der Gaufachberater für Landwirtschaft Dr. Wagner, der Wirtschaftsreferent Dr. Schäfer. Ausser diesen vier Landtagsabgeordneten nahmen teil der Kapitänleutnant a.D. von Davidson und der Privatsekretär des Gauleiters von Hessen, Stavinoga. Diese Besprechung hat dazu geführt, dass eine erste Bekanntmachung für die Uebernahme der Macht in Hessen durch die Nationalsozialisten ausgearbeitet wurde, deren Inhalt die völlige Ausserkraftsetzung der Reichsverfassung und Landesverfassung und die Verhängung der absoluten Militärdiktatur der SA ist, die als Landeswehr bezeichnet wird. Zu dieser ersten Bekanntmachung sind Richtlinien ausgearbeitet worden für die ersten Massnahmen verwaltungsmässiger und gesetzgeberischer Art, die diese Militärdiktatur ergreifen soll.

Der Text dieser Bekanntmachung und dieser Richtlinien lassen erkennen, dass sie nicht das Ergebnis einer einzigen Besprechung sind, sondern dass sie in langer Arbeit vorbereitet worden sind. Bei der Prüfung dieser Dokumente erkennt man leicht, dass Unterlagen von früheren hochverräterischen Unternehmungen dazu benutzt worden sind. Die wahnsinnigsten Proklamationen der Kapp-Regierung, mit der Androhung der Todesstrafe für jeden, der zu mucken wagt, sind darin ebenso erkennbar wie gewisse Ausarbeitungen, die im Jahre 1926 bei dem Kreis um Class und Hugenberg beschlagnahmt worden sind. Wie im Jahre 1926, ist auch diesmal der Versuch einer sogenannten legalen Tarnung der Verordnung über die Errichtung der Militärdiktatur unternommen worden. Diese Verordnung beginnt mit der Vorrede: "Die seitherigen Träger der Staatsgewalt im Reiche wie im Lande sind durch die Ereignisse der letzten Tage (Wochen) weggefallen. Durch diese tatsächliche Veränderung ist, wie im November 1918, ein neuer Rechtszustand geschaffen". Diese Vorrede, weit entfernt davon, den hochverräterischen Charakter dieses Dokuments hinwegzudiskutieren, ist das offene Eingeständnis der Konterrevolutionären gegen die verfassungsmässigen Gewalten gerichteten Absichten der Verfasser.

Diese Entwürfe sind ausgearbeitet worden und bei der Besprechung vorgelegt worden von einem höheren Justizbeamten, dem Gerichtsassessor und Landtagsabgeordneten Dr. Best. Ueber die Echtheit der Dokumente ist kein Zweifel. In den Schriftstücken, die sich in der Hand der Behörden befinden, finden sich handschriftliche Eintragungen, die nachweisbar von Dr. Best selbst herstammen. Die Bekanntgabe dieser Dokumente an die Behörden erfolgte durch einen der Teilnehmer an der Besprechung auf dem Boxheimer Hof, durch den Wirtschaftsreferenten der Gauleitung der NSDAP in Hessen, den jetzigen Landtagsabgeordneten Dr. Schäfer. Schäfer hat nach seinen Angaben bereits in dieser Besprechung gegen diese illegalen Vorbereitungen protestiert. Er hat darauf, da er von dem Wahwitz dieser Absichten erschreckt war, Anzeige bei den Behörden erstattet. Der Vorgang lässt erkennen, dass in der NSDAP Gruppen von Führern vorhanden sind, die hochverräterische Handlungen vorbereiten, während andere im guten Glauben auf die Legalitätsbetreibungen mitlaufen.

Der Inhalt dieser Verordnung ist ungeheuerlich. Brutalste Militärdiktatur Todesstrafe, Todesstrafe, Todesstrafe! Aufhebung jeder persönlichen Freiheit, jeder Rechtsicherung. Soweit die Richtlinien wirtschaftlichen Charakter tragen müssen sie jedes geordnete Wirtschaftsleben zum Stillstand bringen und restlos erschlagen. Für die Ernährung der Bevölkerung soll das primitivste Kartensystem eingeführt werden, gegen das die Kriegsrationierung noch ein Kinderspiel sein würde. Die ganze wirtschaftliche Weisheit der nationalsozialistischen Führung lässt sich in einem einzigen Worte zusammenfassen: Kriegskommunismus. Kriegskommunismus in der schlimmsten und mörderischsten Form, wie er in den dunkelsten Jahren der bolschewistischen Herrschaft in Russland geübt worden ist, als Millionen durch den Hunger umkamen!

Wenn diese wahnwitzigen Pläne verwirklicht werden sollten, wenn auch nur der Versuch zu ihrer Durchführung unternommen werden würde, so würde Deutschland in einen blutigen Bürgerkrieg gestürzt werden, der hinter den Bürgerkrieg in Russland nicht zurückstehen, sondern ihn vielleicht noch übertreffen würde. Es wäre ein Stoss gegen das Leben des deutschen Volkes und gegen die Existenz des deutschen Reiches, ein Unternehmen, das schliesslich in die allgemeine Anarchie einmünden müsste!

Hier ist ein offener Einblick in die wahren geheimen Programme nationalsozialistischer Führer. Hier zeigt sich, was sie wollen, wenn die Zeiten der Legalitätsschwüre vorüber sind. Angesichts dieser wahnwitzigen Programme wird hoffentlich ein Erwachen durch die Reihen derer gehen, die heute den Hitlerfahnen hirnlos und sinnlos nachlaufen. Die Leute, die solche aberwitzigen Anschläge gegen das deutsche Volk vorbereiten, sind nicht Retter, sondern Totengräber! Das ist das Bild des Faschismus, gezeichnet von den Faschisten selbst - grausamer und schlimmer noch als der italienische Faschismus!

Auf Grund dieser Enthüllungen hat der Oberreichsanwalt bereits ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Er hat unter dem dringenden Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat in der Leitung der NSDAP Gau Hessen sowie bei den an der Besprechung im Boxheimer Hof beteiligten Personen haussuchen lassen. In der Untersuchung wird festzustellen sein, ob und inwieweit die Reichsleitung der NSDAP bei der Aufstellung derartiger Entwürfe beteiligt ist, ob und inwieweit sie ihnen ihre Zustimmung gegeben hat. Wir erwarten, dass diese Untersuchungen mit derselben Schärfe geführt werden wie die Untersuchungen gegenüber hochverräterischen Handlungen bei der Kommunistischen Partei.

Gegenüber diesen wahnwitzigen Absichten aber müssen die Abwehrkräfte im ganzen Volke geweckt werden. Das deutsche Volk kann und darf nicht das Opfer wahnwitziger Abenteurer werden! Die Nationalsozialisten im hessischen Landtag werden sich für die hochverräterischen Absichten ihrer Führer zu verantworten haben. Weit über Hessen hinaus aber ist dies eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes. Jetzt sind die Schleier vom wahren Wesen der Nationalsozialistischen Partei weggezogen. Jetzt gilt es, die politischen Konsequenzen ziehen!

SPD. Der Preussische Justizminister hat, insbesondere veranlasst durch die sich in letzter Zeit immer mehr häufenden Gewalttaten im politischen Kampf an die Justizbehörden einen Erlass gerichtet, in dem es heisst :

Bei der Notlage, in der sich das Vaterland befindet, sei es Aufgabe der Strafrechtspflege, mit allen Kräften zu einer Befriedung des politischen Lebens und zu einer Gesundung der Wirtschaft beizutragen. Dazu sei vor allem eine rasche, tatkräftige und unnachsichtige Verfolgung dieser Straftaten notwendig. Nur wenn die Strafe der Schwere der Verfehlung und den von dem Täter verschuldeten sozialen und wirtschaftlichen Folgen entspreche und wenn sie der Tat in kurzer Frist folge, bildet sie ein wirksames Mittel der Abwehr. Geboten sei vor allem, alle Tatkraft auf die zielbewusste und rasche Aufklärung der Hauptpunkte des Verfahrens zu vereinigen, alle zur Sicherung der Verfolgung zulässigen Massnahmen ungesäumt und ohne Ansehung der Person zu ergreifen, namentlich auch rechtzeitig zu prüfen, ob die Bedeutung und die Umstände des Einzelfalles eine Verhaftung gebieten. In der Hauptverhandlung hätten die Vertreter der Anklage das Staatsinteresse und das Gemeinwohl in den Vordergrund zu stellen. Bedingte Aussetzung der Strafe werde bei solchen Straftaten nur ausnahmsweise gewährt werden dürfen.

Die Staatsanwaltschaft habe durch Regelung ihres Bereitschaftsdienstes die Gewähr dafür zu übernehmen, dass schleunige Untersuchungshandlungen jederzeit ohne Verzögerung in Angriff genommen werden. Die Bekämpfung wirtschaftlicher Straftaten sei besonderen Sachbearbeitern zu übertragen. Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften über die Devisenbewirtschaftung seien nachdrücklichst unter Ausnutzung der bei den Landesfinanzämtern eingerichteten Devisenbeschaffungsstellen zu verfolgen und in allen geeigneten Fällen im Schnellverfahren zur Aburteilung zu bringen.

Der Preussische Justizminister macht die Generalstaatsanwälte und Oberstaatsanwälte schliesslich in vollem Umfange dafür verantwortlich, dass die Staatsanwaltschaften den hervorgehobenen Gesichtspunkten überall Rechnung tragen. Er ersucht ferner die Oberlandesgerichtspräsidenten und Landgerichtspräsidenten, bei der Auswahl der Untersuchungsrichter und bei der Geschäftsverteilung, soweit das Gesetz und die Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit es zulassen, dafür Sorge zu tragen, dass die Bearbeitung der politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Strafsachen von grösserer Bedeutung in die Hände von Richtern gelegt werden, die den besonderen Anforderungen, die diese Sachen stellen, in vollem Umfange gewachsen sind.

+ + +

In der ersten Hälfte des Dezember wird der Justizminister die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte zu einer gemeinsamen Besprechung einberufen, um die wirksame Durchführung der nach dem Erlass erforderlichen Massnahmen mit ihnen zu erörtern.

SPD. München, 25. November (Eig. Drahtb)
Die Nationalsozialisten betreiben für die allgemeinen Studentenwahlen an den Münchener Hochschulen, die am 26. November stattfinden, wieder eine rein parteipolitische Agitation mit all den üblen Begleiterscheinungen des Terrors und der Beschimpfung Andersdenkender. Sie werden dabei in weitgehendem Masse unterstützt von der Nazileitung und den SA-Formationen.

Die beabsichtigte Sprengung einer Versammlung demokratischer Studenten, in der Regierungspräsident Friedensburg-Kassel sprach, wurde nur durch den vom Reichsbanner gestellten Saalschutz vereitelt. Aus Rache überfielen die Rowdys nach Schluss der Versammlung mit Hilfe von Autos, die sie aus dem Braunen Haus reklamiert hatten, die mit ihren Fahrrädern heimkehrenden Reichsbannerleute. Bei der Verteilung ihrer Kampfschriften und Flugblätter, in denen mit abscheulichen Karikaturen die missliebigen Hochschullehrer verunglimpft werden, miss-

achten die Hakenkreuzler ungestraft alle Anordnungen der Polizei und der Hochschulbehörden, die solches Verteilen innerhalb der Hochschulen und vor den Gebäuden ausdrücklich von der vorherigen Genehmigung abhängig machen. Andererseits verhindern sie mit Gewalt die agitatorische Tätigkeit der freiheitlich gesinnten Studentengruppen. Unter diesen Umständen ist vorauszusehen, dass die neu gewählten Studentenausschüsse nichts anderes als Brutstätten der nationalsozialistischen Parteipolitik werden, die ein Hohn auf die Idee studentischer Selbstverwaltung sind. Das bayerische Kultusministerium plant deshalb eine Neuordnung des Studentenrechts, durch das die rein politische Betätigung innerhalb der Studentenausschüsse verhindert und die rein fachliche Selbstverwaltung garantiert werden soll.

SPD. Der Gemeindevorsteher von Weigwitz (Krs. Breslau) hat folgenden Auf-
ruf an seine Untertanen erlassen:

"Gleichzeitig mache ich bekannt, dass in Rothstürben und Umgegend eine Ortsgruppe der Nationalsozialisten gegründet wird. Wer ein Mann ist und das Ziel im Auge hat, unserem bedrängten Vaterlande zu helfen, der trete der Ortsgruppe bei. Mittwoch werde ich diejenigen vornotieren, welche gewillt sind, für die Not ihren Mann zu stellen, Gemeinde-Vorstand. gez. Klippel."

Wir erwarten, dass den Nazi-Propagandisten von Weigwitz in beamteter Stellung von der zuständigen Behörde schnellstens mit der erforderlichen Klarheit und Konsequenz bedeutet wird, dass das "Dritte Reich" noch in weiter Ferne liegt.

SPD. Washington, 25. November (Eig. Ber.)

Mit grosser Stimmungsmache hat die amerikanische Bundesregierung die Nachricht verbreiten lassen, dass das amerikanische Marinebudget für 1932 endgültig auf 343 Millionen Dollar festgesetzt sei. Gleichzeitig wurde eröffnet, dass dieser Betrag um 57 Millionen Dollar hinter den ursprünglichen Voranschlägen und um 17 Millionen Dollar hinter dem diesjährigen Flottenbudget zurückbleibt. Der Zweck dieser Meldungen war klar. Man wollte dem amerikanischen Volke beweisen, von welchem Sparsamkeitsgeiste das Weisse Haus erfüllt ist: zu gleicher Zeit sollte der übrigen Welt eindringlich vor Augen geführt werden, dass Amerika sich in seiner Abrüstungsliebe von niemandem übertreffen lasse und mit Abstrichen am eigenen Flottenbudget ein gutes Beispiel zu geben gewillt sei.

In Wirklichkeit handelt es sich um einen Zahlenschwindel, wie man ihn sich deutlicher und handgreiflicher kaum noch vorstellen kann. Von einer Ersparnis von 57 Millionen Dollar konnte schon deshalb keine Rede sein, weil diese Summen lediglich auf dem Papier standen. Immerhin konnte von den Bundesbehörden geltend gemacht werden, dass das künftige Flottenbudget 17 Millionen Dollar weniger als das diesjährige ausmacht und darum eine Ersparnis von 17 Millionen erzielt ist. Aber auch diese bestechende Erklärung stimmt nicht ganz. Jeder am Sitze der Bundesregierung stationierte Pressekorrespondent, jeder mit den Budgetfragen vertraute weiss, dass neben den eigentlichen Budgetbewilligungen die sogenannten Zusatzbewilligungen bestehen, welche von den Armee- und Marinebehörden gewöhnlich immer dazu benutzt werden, alles das wieder herbeizuholen, was man mit der anderen Hand unter dem Druck der öffentlichen Meinung hergeben musste.

In anderen Worten, die am offiziellen Budget abgestrichenen Anforderungen werden einfach unter das Kapitel der Sonderbewilligungen gesteckt, wobei es vorkommt, dass man oft mehr erhält als die eigentlichen Budgetabstriche ausgemacht hätten. So betrugen zum Beispiel die Ersparnisse am Flottenbudget des letzten Jahres 17 Millionen Dollar, die aber durch eine Nachtragsbewilli-

gung von 17,4 Millionen Dollar mehr als gutgemacht wurden. So und nicht anders wird es auch im kommenden Jahre aussehen, zumal von einer wirklichen Einschränkung des amerikanischen Flottenbauprogramms nach den Erklärungen Hoovers keine Rede sein kann.

SPD. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag wegen des Urteils im Leipziger Landesverratsprozess folgende Interpellation eingebracht:

"Am 23. November 1931 hat das Reichsgericht zwei Schriftsteller wegen Verbrechens gegen den § 1 Absatz 2 des Gesetzes über Verrat militärischer Geheimnisse zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Verfahren, das zu dieser Verurteilung geführt hat, liegt ein Aufsatz mit der Ueberschrift "Windiges aus der deutschen Luftfahrt" zugrunde, der in Nr. 11 der Zeitschrift "Die Weltbühne" vom 12.3.1929 erschienen war. In diesem Aufsatz sind keine Geheimnisse enthalten, sondern nur Dinge erwähnt worden, die entweder in einer breiteren Öffentlichkeit bekannt oder sogar im Protokoll der 312. Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt vom 3.2.1928 gedruckt zu lesen waren. Nicht nur in dem Prozess, der zu der Verurteilung der beiden Angeklagten geführt hat sondern auch für die Verkündung der Urteilsbegründung war die Öffentlichkeit ausgeschlossen, da angeblich eine Gefährdung der Staatssicherheit zu besorgen war. Darüber hinaus hat der zuständige Senat des Reichsgerichts es für notwendig gehalten, allen Beteiligten unbedingte Schweigepflicht über alle während des Prozesses zu ihrer Kenntnis gelangenden Umstände aufzuerlegen.

Wir fragen die Reichsregierung: 1.) Ist sie bereit, über die näheren Umstände, die zur Einleitung des Verfahrens geführt haben, Auskunft zu geben und insbesondere darüber, weshalb der Prozess erst 1½ Jahre nach dem Erscheinen des betreffenden Artikels stattgefunden hat? 2.) Ist es wahr, dass die Bearbeitung der Anklage in diesem Prozess in dem Referat des Reichsanwalts Jorns erfolgt ist? 3.) Ist die Reichsregierung bereit, die Urteilsbegründung bekannt zu geben? 4.) Hält die Reichsregierung ein Geheimverfahren, wie es bei diesem Prozess vom Reichsgericht geübt worden ist, für geeignet, das Vertrauen des Deutschen Volkes in die deutsche Rechtsprechung zu stärken? 5.) Ist die Reichsregierung der Meinung, dass durch die Art, in der der Prozess vor dem Reichsgericht geführt worden ist, im Ausland nicht viel falschere Auffassungen über angebliche deutsche Geheimrüstungen entstehen können, als sie vor der Durchführung des Prozesses bereits bestanden haben? Ist dieses vielleicht die Meinung des Auswärtigen Amtes gewesen? War die Verzögerung des Prozesses darauf zurückzuführen, dass das Auswärtige Amt aus aussenpolitischen Gründen die Durchführung des Verfahrens für falsch hielt? 6.) Ist die Reichsregierung bereit, alle Schritte zu tun, um die Vollstreckung dieses Urteils des Reichsgerichts zu verhindern?"

SPD. München, 25. November (Eig. Drahtb)

Der Vorsitzende der Hakenkreuzfraktion des Reichstags, Frick, unternimmt im "Völkischen Beobachter" einen mit Drohungen gespickten Anbiederungsversuch an das Zentrum. Nach der Zitierung der Harzburger Entschliessung, die mit den Sätzen beginnt: "Wir stossen keine Hand zurück, die sich uns zu wirklich ehrlicher Zusammenarbeit anbietet", erklärt der königliche Heimatkrieger von Pirmasens:

"Bisher hat das Zentrum noch nicht zu erkennen gegeben, dass es zu solcher ehrlicher Zusammenarbeit mit uns bereit ist. Mit einer Ueberheblichkeit, wie sie nur dem Zentrum eignet, verlangt diese Partei von uns grundsätzliche Änderungen unserer Ueberzeugung, wenn wir für das Zentrum koalitionsfähig werden wollten. Darauf kann das Zentrum lange warten. Sein Verlangen beruht auf einer

völligen Verkennung der wahren Sachlage. Nicht an uns ist es, sich zu ändern, sondern am Zentrum. Es ist jetzt 5 Minuten vor 12. Heute ist noch Zeit, dass sich das Zentrum eines besseren besinnt. In einigen Wochen und Monaten ist's zu spät. Dann wird die Geschichte über die schwarzen und über die roten Marxisten zur Tagesordnung übergehen. Die Reichspräsidentenwahlen spätestens im April und die preussischen Landtagswahlen spätestens im Mai 1932 müssen die endgültige Entscheidung bringen."

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags wurde am Mittwoch die Osthilfe-debatte zu Ende geführt.

Im Mittelpunkt stand die Frage, ob es volkswirtschaftlich und eigentums rechtlich zu verantworten sei, durch Notverordnung eine entschädigungslose Ent-eignung von Kapital und Zins zugunsten landwirtschaftlicher Schuldner durchzu-führen. Im Prinzip läuft die neue Osthilfeverordnung, die eine Schulden- und Zinssenkung und einen radikalen Vollstreckungsschutz bezweckt, auf dieses Ziel hinaus. Abg. Hilferding (Soz) hielt den Antimarxisten vor, dass sie hier einen marxistischen Gedanken aufgreifen, wonach im Interesse der Allgemeinheit Ent-eignungen zulässig sind. Nur bestehe hier die "Allgemeinheit" überwiegend aus dem grossen Grundbesitz, der auch die für die Osthilfe bewilligten öffentlichen Mittel zum grössten Teil auffresse. Die Folgen dieser Eingriffe für den priva-ten Kredit würden sehr ernst sein. Eine wirksame Hilfe für die deutsche Länd-wirtschaft werde nur möglich sein unter Änderung der ganzen Agrarpolitik. Eine Reihe von Änderungsvorschlägen des Redners zur Osthilfeverordnung fand Berück-sichtigung durch Annahme eines Antrages Stolper (D). Danach soll die Notverord-nung vom 17. November bis zum 30. Oktober 1932 befristet, für die Entscheidungen über Sicherungs- und Entschuldungsanträge eine Berufungsstelle eingerichtet wer-den, Pfand- und Sicherungswerte sollen nach Ablauf der Notverordnung wieder auf-leben, das Verhältnis von Privat- und Betriebsvermögen soll klargestellt, die Interessen der bedrohten landwirtschaftlichen Genossenschaften sollen bei den einzuleitenden Verfahren weitgehend berücksichtigt werden. Diese Anträge wurden teils mit grossen Mehrheiten, teils einstimmig angenommen. Ein kommunistischer Antrag, dessen Durchführung viele Milliarden erfordern würde, verfiel der Ab-lehnung.

Am Freitag wird der Ausschuss die Winterhilfeinterpellation der Sozialde-mokratie behandeln, zu deren Beantwortung sich die Regierung nunmehr bereit erklärt hat.

SPD. München, 25. November (Eig. Drahtb.)
Der "Münchener Post" ist ein Dokument aus dem Braunen Haus in die Hände ge-fallen, das beweist, dass die Führung der Nazipartei für den Zeitpunkt des Machtantritts politische Morde in grosser Zahl vorbereitet. Das Dokument ist eine der Listen, auf denen diejenigen Personen in München mit Name und Adresse verzeichnet sind, die in der geplanten Bartholomäusnacht erledigt werden sol-len. Mit Rot- und Grünstift ist neben den Namen und auf der Rückseite der Liste diejenige Sturmabteilung verzeichnet, die die Henkerei auszuführen hat. Unter den Namen der von der "Münchener Post" in Faksimile veröffentlichten Liste befindet sich auch der Name des Abgeordneten Auer und der eines weiteren Redakteurs des Blattes, der als Führer des Jungbanners bei den Hakenkreuzlern besonders verhasst ist.

SPD. Die hochverräterischen Entwürfe der nationalsozialistischen Führung in Hessen (s. Leitartikel), die sich in der Hand der Behörden befinden, haben folgenden Wortlaut:

Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Ueberwindung der Kommune in einem für einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiet. Bekanntgabe: 1. durch öffentlichen Anschlag, 2. durch Zustellung an alle Behörden.

Volksgenossen! Die seitherigen Träger der Staatsgewalt im Reiche wie im Lande sind durch die Ereignisse der letzten Tage (Wochen) weggefallen. Durch diese tatsächliche Veränderung ist - wie im November 1918 - ein neuer Rechtszustand geschaffen. Ord nende Macht steht z. Zt. allein bei den (SA, Landeswehren, o.ä.). Ihre Führung hat deshalb das Recht und die Pflicht, zur Rettung des Volkes die verwaiste Staatsgewalt zu ergreifen und auszuüben. Sie tut dies im Namen der deutschen Nation, vor deren Zukunft allein sie für die Erfüllung ihrer Aufgabe und für die Wahl ihrer Mittel verantwortlich ist. Die unerhörte Gefahr erfordert ausserordentliche Massnahmen, um zunächst das nackte Leben des Volkes zu retten. Erste Aufgabe ist Herstellung der öffentlichen Sicherheit und die Organisation der Volksernährung. Nur schärfste Disziplin der Bevölkerung und rücksichtsloses Durchgreifen der bewaffneten Macht lassen die Lösung dieser Aufgaben als möglich erscheinen. Als Befehlshaber der (SA, Landeswehren, o.ä.) in (Starken burg, -Rhein hessen, -Ober hessen) gebe ich deshalb folgenden Befehl an die gesamte Bevölkerung des Landes bekannt

1. Jeder Anordnung der (SA, Landeswehren u.ä.) gleich von welchem Dienstgrade erteilt, ist sofort Folge zu leisten. Widerstand wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft. Die Feldgerichte können beim Vorliegen besonderer Umstände andere Strafen verhängen.

2. Jede Schusswaffe ist binnen 24 Stunden an die (SA, Landeswehren o.ä.) abzuliefern. Wer nach Ablauf dieser Frist im Besitz einer Schusswaffe betroffen wird, wird als Feind der (SA, Landeswehren o.ä.) und des deutschen Volkes ohne Verfahren auf der Stelle erschossen.

3. Jeder im Dienste öffentlicher Behörden oder öffentlicher Verkehrsanstalten stehende Beamte, Angestellte und Arbeiter hat sofort seinen Dienst wieder aufzunehmen. Widerstand und Sabotage wird mit dem Tode bestraft. An die Stelle der obersten Staatsbehörden (Ministerien) tritt die Führung der (SA, Landeswehren o.ä.), vertreten durch mich.

4. Die von der Führung der (SA, Landeswehren o.ä.) erlassenen Notverordnungen haben für jedermann mit dem Tage ihrer Veröffentlichung durch Anschlag Gesetzeskraft. Verstösse gegen diese Notverordnungen werden in besonders schweren Fällen über die in ihnen bestimmten Strafen hinaus mit dem Tode bestraft.

5. Soweit nicht die von der Führung der (SA, Landeswehren o.ä.) erlassenen Notverordnungen oder einzelne Anordnungen der (SA, Landeswehren o.ä.) entgegenstehen, bleiben alle bestehenden Gesetze in Kraft und sind von der Bevölkerung in jeder Hinsicht zu befolgen.

Richtlinien für die ersten Notverordnungen unserer Führung nach dem Wegfall der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Ueberwindung der Kommunen in einem für einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiet. Grundsätze: 1. Nur die einfachsten, dringendsten Massnahmen, 2. Klare, verständliche Fassung. 3. Möglichst keine neuen Behörden, Einrichtungen, Dienststellen; Verwendung des vorhandenen Verwaltungsapparates.

1. Richtlinien für eine Notverordnung zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung. Bekanntgabe: 1. durch öffentlichen Anschlag, 2. durch Zustellung an die Kommunalbehörden. A. Erfassung der Lebensmittel. 1. Alle Lebensmittel stehen zur Verfügung der Führung der (SA, Landeswehren o.ä.) und sind an deren Beauftragte auf Anforderung ohne Entgelt abzuliefern. 2. Jeder Erzeuger (Urerzeuger und verarbeitender Erzeuger) und Händler (Gross- und Klein-) hat unverzüglich eine genaue Aufstellung aller in seinem Eigentum stehenden

(gleich wo lagernden oder in seinem Besitz befindlichen) Lebensmittel der für ihn zuständigen Bürgermeisterei einzureichen. 3. Jeder Verkauf und jede tauschweise Veräußerung von Lebensmitteln ist verboten. 4. Strafe für jede Verhinderung der Feststellung und Ablieferung und für jeden Verkauf und Tausch von Lebensmitteln: a. immer: Einziehung des gesamten Vermögens, b. daneben zulässig: jede Art und jeder Grad von Freiheitsstrafen. (Todesstrafe nach dem ersten "Befehl an die Bevölkerung" des Führers).

B. Feststellung der zu Ernährenden: Jeder über 16 Jahre alte Mann bzw. Frau hat sich und seine nicht 16 Jahre alten Kinder unverzüglich bei der Bürgermeisterei des Aufenthaltsortes zu melden. Krankenhäuser und ähnliche Institute haben alle Insassen zu melden. C. Durchführung der Volksernährung: 1. Kollektivspeisung. 2. Zuteilung von Lebensmitteln a) Ausgabe von Karten, b) Ausgabe der Lebensmittel gegen diese Karten (ohne Bezahlung).

2. Richtlinien für Verwaltungsmassnahmen zur Durchführung der Notverordnung zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung: 1. Anweisung an die Bürgermeistereien: a) Die Aufstellung der Lebensmittel und der zu Ernährenden (A, 2 und B der Richtlinien) sofort unserer Ernährungsstelle (siehe unten 2) einzureichen, desgl. einen Vorschlag, welche Lebensmittelmenge die Gemeinde täglich benötigt. b) Die Kollektivspeisung einzurichten und die Ausgabe der Lebensmittelkarten und die Lebensmittelausgabe (Hilfskräfte die bisherigen Händler) vorzubereiten. 2. Einrichtung einer Ernährungsstelle zur Verteilung der Lebensmittel auf die Gemeinden. (Hilfskräfte: die Beamten der mittleren Verwaltung: Kreisämter).

Richtlinien für eine Notverordnung zur Sicherung des gegenwärtigen Eigentumsstandes. Bekanntgabe: 1. durch öffentlichen Anschlag. 2. durch Zustellung an alle Gerichte, Notare, Gerichtsvollzieher, Vollstreckungsbeamte.

Die Führung der (SA, Landeswehren o.ä.) ist gezwungen, zur Rettung des Lebens der Bevölkerung über alle vorhandenen Vorräte an verbrauchbaren lebensnotwendigen Gegenständen, d.h. praktisch über den gesamten Ertrag des Volksvermögens und damit des Vermögens jedes einzelnen Volksgenossen zu verfügen. Es gibt bis zu anderweiter Regelung kein Privateinkommen mehr. Dafür wird der gegenwärtige Vermögensstand durch Sicherung des Eigentumsstandes und Feststellung der berechtigten Ansprüche sichergestellt. Hierfür sind folgende Massnahmen anzuordnen:

1. Jede Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen unterbleibt. Vorgenommene Vollstreckungsmassnahmen sind aufzuheben.

2. Jede Verjährung von Ansprüchen ist bis zum Ablauf eines Jahres seit Veröffentlichung dieser Verordnung gehemmt.

3. Jeder Zinsenlauf für Geldforderungen ist bis zum Erlass anderer Bestimmungen aufgehoben. Das gleiche gilt für den Mietzins für Wohnräume.

4. Dringliche Belastungen von Grundstücken für Geldforderungen dürfen bis zum Erlass anderer Bestimmungen nicht bestellt werden.

5. Jeder Schuldner von Verbindlichkeiten über 1000 RM hat dem für ihn zuständigen Amtsgericht ein Verzeichnis seiner Gläubiger und Schulden einzureichen. Das Gericht hat mit den Gläubigern eine Einigung über die Feststellung des Betrages der Schuld zu versuchen. Misslingt dieser Versuch, so muss der Gläubiger binnen 2 Monaten gegen den Schuldner Feststellungsklage erheben, andernfalls die Forderung erlischt.

Richtlinien für die Schaffung eigener Verwaltungseinrichtungen. 1. Einrichtung von Feldgerichten zur Aburteilung von Verstössen gegen den "Befehl an die Bevölkerung" und gegen die Notverordnungen, um den Anschein der Willkür zu vermeiden. Vereinfachtes und beschleunigtes Verfahren in Anlehnung an die St.P.O. Besetzung: Einzelrichter (Jurist); wenn Todesstrafe in Frage steht 3 Richter, darunter mindestens 1 Jurist als Vorsitzender.

2. Einrichtung einer Verwaltungsabteilung, die für die vorhandenen Behörden die Ministerien ersetzt und die Ingangsetzung der Verwaltung, die Entlassung und Ernennung von Beamten nach den Richtlinien der Rechtsabteilung des

Gaues Hessen und die Ausarbeitung weiter erforderlicher Notverordnungen vorzunehmen hat.

Richtlinien für eine Notverordnung über die nationale Arbeitsdienstpflicht

1) Jeder Deutsche (nicht Juden usw.) männlichen und weiblichen Geschlechts ist vom 16. Lebensjahr zur Dienstleistung nach Anordnung der Behörden verpflichtet. Ausgenommen ist, wer der (SA, Landeswehr o.ä.) angehört oder beruflich im Dienste von Behörden steht. Ausnahme wegen Unfähigkeit nach besonderen Richtlinien. 2) Der Anspruch auf Ernährung gemäss der Notverordnung zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung ist von der Erfüllung der Dienstpflicht bzw. von der Bereitschaft zu ihr (Appelle) abhängig. 3) Art, Mass und Organisation der Pflichtarbeit nach den örtlichen Bedürfnissen. a) in der Produktion A. zunächst der dringenden Lebensbedürfnisse (Nahrung, Kleidung usw.), B. in der Verarbeitung vorhandener Rohstoffe zur Schaffung von Aussenhandelswerten. b) in der Erhaltungsarbeit A. an öffentlichen Anlagen (Strassen, Bauten usw.) B. an Privatbesitz (Erhaltung der Wohnhäuser als Ersatz für den weggefallenen Mietzins). c) in der Erweiterung des Nahrungsspielraums (Meliorationen usw.).

SPD. Prag, 25. November (Eig. Drahtb.)

In Lindwiese bei Freiwaldau (Tschechisch-Schlesien) kam es am Mittwoch zu blutigen Zusammenstössen zwischen erwerbslosen Steinarbeitern und Gendarmerie. Sechs Arbeiter wurden erschossen, 14 verletzt.

Die Arbeiter beabsichtigten, entgegen dem bestehenden Verbot eine Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten. Als die Gendarmerie sie daran zu hindern suchte und daraufhin mit Steinen beworfen wurde, gaben die Beamten mehrere scharfe Schüsse ab. Die Nachricht von dem Vorfall wurde in den ersten Nachmittagsstunden im Abgeordnetenhaus bekannt und rief hier ungeheure Erregung hervor. Die Kommunisten veranstalteten Lärmszenen und überschütteten die Angehörigen der Koalitionsparteien mit Vorwürfen. Es kam wiederholt zu Zusammenstössen, die schliesslich in Tötlichkeiten ausarteten.

Der faschistische Abgeordnete Stribrny wurde von den Kommunisten von der Parlaments-Tribüne heruntergeworfen.

SPD. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich in einer Bundessitzung am Mittwoch mit den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates beschäftigt. Er nahm einmütig folgende Entschliessung an:

"Die von der Regierung gezogenen Schlussfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirates geben einseitig die von den Unternehmern vertretenen Ansichten wieder. Sie entsprechen nicht dem Notstand des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft. Sie enthalten weder einen Plan zur Arbeitsbeschaffung noch die Ankündigung der gesetzlichen 40-Stundenwoche mit dem Zwang zur Einstellung von Erwerbslosen.

Die Regierung gibt sich noch immer der Täuschung hin, durch Lohn- und Preissenkung eine Entspannung auf dem Binnenmarkt zu erzielen und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Auslandsmärkten zu steigern.

Die Gewerkschaften haben von jeher den künstlichen Preisauftrieb durch Hochschutzzölle, Kartellbindungen und ähnliche Mittel bekämpft. Der Abbau solcher künstlich überhöhten Preise kann und muss ohne Lohnsenkung erzwungen werden. Die Gewerkschaften bekämpfen aber gleichzeitig den Gedanken einer allgemeinen künstlichen Preissenkung durch währungspolitische Mittel oder zwangswise Lohnabbau. Der rücksichtslose Lohnabbau seit mehr als Jahresfrist hat die deutsche Wirtschaft immer tiefer in das Krisenelend geführt, ebenso das dauernde Gerede von der weiter notwendigen Preissenkung. Es ist höchste Zeit,

auf diesem Wege umzukehren.

Es hat sich als völlig vergeblich erwiesen, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande durch weitere Lohnsenkungen steigern zu wollen. Jede Lohnsenkung wird - wie die Erfahrungen zeigen - vom Auslande sofort als Lohn-dumping mit weiteren Abwehrmassnahmen beantwortet. Sie zerstört gleichzeitig die Kaufkraft des für die deutsche Wirtschaft ausschlaggebenden Binnenmarktes und muss ausserdem zur Folge haben, dass das Defizit im Staatshaushalt verewigt wird.

Das Einkommen der Arbeiterschaft ist auf der ganzen Linie in einem Masse gesunken, dass nicht nur die Existenz der Arbeiter, sondern auch die Qualität der Arbeit ernsthaft bedroht sind. Damit steht zugleich die Zukunft der deutschen Wirtschaft in Gefahr, weil bei Hungerlöhnen keine Qualitätsarbeit mehr möglich ist.

Der Bundesausschuss erhebt deswegen entschiedensten Protest gegen die offenkundige Absicht der Reichsregierung, die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter zu schwächen. Er protestiert mit derselben Entschiedenheit gegen alle Absichten, an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes zu rütteln oder im Wege der Notverordnung in die Tarifverträge einzugreifen."

SPD. Paris, 25. November (Eig. Drahtb.)

Der ständige Vertreter Japans beim Völkerbund hat dem Rat ein Schreiben seiner Regierung übermittelt, in dem erklärt wird, dass die Pressemeldung, wonach die japanischen Truppen einen Gegenangriff gegen Tschintschau (nicht wie es ursprünglich hiess Tsingtau) vorbereiten, jeder Begründung entbehrt. Die Absurdität der Meldung gehe allein aus der Tatsache hervor, dass ausser den in Tschintschau selbst stationierten chinesischen Truppen noch etwa 100 000 Mann der Truppen Tschanghsueliangs in der Nähe der grossen Mauer konzentriert seien, sodass eine Offensive militärische Vorbereitungen von ungeheurem Umfange nötig machen würde.

Nach einer Meldung aus Peking sind die Militärattachés der amerikanischen, englischen und französischen Gesandtschaften auf Anordnung ihrer Regierungen nach der Mandschurei abgereist, um die Lage an Ort und Stelle zu prüfen.

SPD. In der Mittwoch-Sitzung des Preussischen Landtags gab es zu Beginn eine grosse Ueberraschung: das Zentrum beantragte die Absetzung der Präsidentenwahl von der Tagesordnung. Dementsprechend wurde beschlossen.

Deutschnationale und deutsche Volkspartei haben den Vorschlag der Sozialdemokratie, den früheren Präsidenten Leinert wieder zum Präsidenten zu wählen, zum Anlass einer höchst merkwürdigen Aktion genommen: die ganzen Harzburger Frontparteien erklären, dass sie im Falle der Wahl Leinerts aus dem Vorstand des Preussischen Landtages ausscheiden, also die Ämter als Vizepräsidenten, Beisitzer und Schriftführer niederlegen würden. Warum? Wieso? Ein Wort der Begründung hat man bis jetzt noch nicht zu hören bekommen. Stattdessen findet man in der bürgerlichen Presse Andeutungen, Leinert erscheine nicht als geeigneter Präsident, weil seine Pensionierung als Oberbürgermeister von Hannover nicht ordnungsgemäss vor sich gegangen sei. In der Tat, es hat damals einen Konflikt zwischen Leinert und seiner Partei gegeben, bei dem die hannoversche Sozialdemokratie Leinert vorgeworfen hat, dass er sie nicht rechtzeitig und eingehend genug informiert hätte. Der Konflikt ist seit vielen Jahren beigelegt, Leinert ist als Spitzenkandidat des Wahlkreises Hannover in den Landtag wiedergewählt und seit langer Zeit Vorstandsmitglied der Landtagsfraktion. Was geht die bürgerliche verleumderkanaille die rein parteiinterne Angelegenheit an? Vom bürgerlichen Standpunkt aus ist doch nichts weiter festzustellen, als dass

Leinert ein pensionierter Oberbürgermeister ist, wie deren in den Reihen der bürgerlichen Parteien Dutzende brillieren.

Aber natürlich handelt es sich bei der Aktion auch garnicht um die Person Leinerts, von der die Harzburger genau wissen, dass sie unangreifbar ist, sondern um ein taktisches Manöver, die Arbeit des Landtages lahmzulegen, wie man die des Reichstages lahmzulegen versucht hat. Dabei spekuliert man auf gewisse Verärgerungen im Lager der Staatspartei, die mit dem Rücktritt Höpker-Aschoffs zusammenhängen und auf die bekannten unsicheren Kantonisten im Zentrum, die vor dem Anwachsen der Nazis zittern. Wir sind gewiss, dass die preussische Koalition auch über den Fuss, den man ihr jetzt vorgestreckt hat, nicht stolpern wird.

SPD. Halle, 25. November (Eig. Drahtb.)

Das Trauerspiel, das die kommunistische Genossenschaftspolitik der halle-schen Arbeiterschaft auspielte, ist aus. Es endete mit dem Ausschluss des Hauptschuldigen Karl Ertinger und fünf seiner Helfershelfer aus der KPD wegen parteischädigenden Verhaltens.

Während die um ihre Spargroschen und Geschäftsanteile geprellten Mitglieder des zugrunde gerichteten Konsumvereins klagend den Trümmerhaufen umstehen, den die kommunistische Verbrecherpolitik schuf, suchten sich die Hauptschuldigen an den kläglichen Ueberresten der Konsumpleite gesund zu machen. Eine ganze Reihe von Lagerhaltern, die bis zum letzten Augenblick die Linie hielten, haben sich selbständig gemacht und in den Läden des in Konkurs geratenen Konsumvereins eigene Lebensmittelgeschäfte mit Hilfe von privaten Grosslieferanten eröffnet. Ertinger hat sich die von ihm gegründete "Migros" angeeignet und versucht in Gemeinschaft mit einer seiner Freundinnen ebenfalls seinen Vorteil zu wahren. Diese neue Firma schickt an privatkapitalistische Grosshandelsfirmen ein vertrauliches Schreiben, in dem die neue "Migros" um Offerten auf Waren bittet. Diese neue Gesellschaft will Zweigniederlassungen errichten in Bremen, Magdeburg, Zwickau, Plauen und natürlich in Halle, wo die Dummen trotz trüber Erfahrungen scheinbar nicht alle werden. Weil das nun die auf die Gründung eines neuen roten Arbeiterkonsums hinzielenden Pläne der KPD stört, flog Ertinger, bis zum Dienstag noch der grosse Konsumrevolutionär, aus der kommunistischen Partei.

Wie gründlich die Ertinger und (Bernhard) Koenen in dem einen Jahr ihres Wirkens gewirtschaftet haben, beweist die in der ersten Gläubigerversammlung vom Konkursverwalter vorgetragene Pleitebilanz. Einem Vermögen von sage und schreibe 20 000 Mark, bestehend aus einigen dem Gerichtsvollzieher abgelisteten Ladeneinrichtungen und unverkäuflichen Warenresten, stehen Verpflichtungen in Höhe von 2 266 000 Mark gegenüber. Der Konkurs musste kommen, weil der zur Erfüllung des 35 Prozent vorsehenden Vergleichs notwendige Umsatz von 500 000 Mark monatlich nicht im entferntesten erreicht worden ist. Auf Vorschlag des Konkursverwalters beschloss der Gläubigerausschuss einstimmig, von der Einziehung der 50 Mark betragenden Haftsumme der Mitglieder abzusehen, da doch nichts dabei herauskommen würde.

Das also ist das Ergebnis eines Jahres revolutionärer Konsumgenossenschaftsarbeit. Während die halle-sche Genossenschaftsbewegung einst auf die stattliche Zahl von 40 Verteilungsstellen blicken konnte, sind jetzt in zwei nebeneinander bestehenden, sich gegenseitig bekämpfenden Unternehmungen nur vier Verteilungsstellen in Betrieb. Den Nutzen davon hat das Privatkapital. Das wurde in der Gründungsversammlung des kommunistischen Konsumvereins von dem Konsumbonzen Riegel (Essen) ausdrücklich festgestellt, indem er sagte: "Es hat sich nach dem Zusammenbruch des Allgemeinen Konsumvereins Halle gezeigt, dass die Privathändler nicht nur Nutzniesser des Zusammenbruchs waren,

indem sie die AKH-Mitglieder als Kunden bekommen haben, sondern dass nach dem Zusammenbruch vor allem in ländlichen Orten auch die willkürliche Preisgestaltung der Waren einsetzte und die bis dahin gezahlten Rabatte aufgehoben wurden." Das sagt ein kommunistischer Konsumfunktionär. Dem haben wir nichts hinzuzufügen.

SPD. Weimar, 25. November (Eig. Drahtb.)

Im Haushaltsausschuss des Thüringischen Landtags zeigte sich die Nationalsozialistische "Arbeiterpartei" am Mittwoch wieder einmal als ein treuer Knecht der Fürstengeschlechter.

Die Sozialdemokratische Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, der forderte "1. alle Zahlungen von Renten aus Verträgen mit den ehemaligen Fürstenhäusern mit sofortiger Wirkung auf einen Höchstbetrag von 9 000 Mark zu beschränken, 2. mit allen ehemaligen Fürstenhäusern, Sachsen-Altenburg ausgenommen, in eine Neuregelung der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit dem Ziel einzutreten, allen Grundbesitz in das Eigentum des Landes zu überführen und die Rentenleistung entsprechend der Not der Zeit herabzusetzen."

Diesen Antrag lehnten die Nationalsozialisten in Gemeinschaft mit den Regierungsparteien ab. Ursprünglich suchten sie sich vor der Abstimmung überhaupt zu drücken. Als sie jedoch errechnet hatten, dass der Antrag ohne ihre Teilnahme an der Abstimmung angenommen werden könnte, erklärte der Nazi-Abgeordnete Hennicke, dann stimme auch er dem Antrag zu.

SPD. Madrid, 25. November (Eig. Drahtb.)

Die Nationalversammlung nahm in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch das Bank-Reform-Gesetz an. Das Gesetz entspricht im wesentlichen den Forderungen der spanischen Sozialisten und stellt die Banken unter die Aufsicht eines Überwachungsdienstes, dem 10 Beamte des Finanz-Ministeriums angehören. Außerdem ernennt die Regierung als Vertreter der nationalen Wirtschaftsinteressen drei Regierungskommissare für die Aufsichtsräte der Banken. Diese Kommissare dürfen während ihrer Amtszeit keinerlei Bank-Aktien besitzen und können jederzeit abgesetzt werden.

SPD. London, 25. November (Eig. Drahtb.)

Die Bemühungen, der Indienkonferenz noch im letzten Augenblick wenigstens zu einem teilweisen Erfolge zu verhelfen, dauern an. Die Situation wird jedoch erschwert durch den unter dem Druck der Konservativen unternommenen Versuch der Regierung, sich dem Versprechen durch die Gewährung einer nur durch gewisse Schutzbestimmungen eingeschränkten Selbstregierung für Indien dadurch zu entziehen, dass vorderhand als Ratenzahlung die Selbstregierung nur den Provinzen nicht aber der Zentrale gewährt werden soll. Wenn noch irgend ein Zweifel bestand, so wurde es im Verlaufe der Mittwoch-Sitzung klar, dass die indischen Delegationen mit diesem Plan nicht einverstanden sind und sie ihren Anhängern in Indien mehr als eine provinzielle Autonomie aus London zurückbringen müssen. Die Regierung hat jedoch am Mittwoch zu erkennen gegeben, dass ihr Beschluss, nur die provinzielle Autonomie zu gewähren, noch nicht endgültig und unwiderruflich ist. Es besteht also immer noch die Hoffnung, dass die Indienkonferenz wenigstens nicht mit einem offenen Missklang enden wird.

SPD. Darmstadt, 25. November (Eig.Draht)

Auf Veranlassung des Oberreichsanwalts wurden am Mittwoch in Hessen bei Nationalsozialisten und im Braunen Haus in Darmstadt, wo sich die hessische Gau-Geschäftsstelle der NSDAP befindet, zahlreiche Haussuchungen vorgenommen. Die Haussuchungen erfolgten wegen eines dringenden Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat innerhalb der Leitung der NSDAP Gau Hessen. Es wurde zahlreiches Material beschlagnahmt, dessen Durchsicht jedoch kaum vor Donnerstag beendet sein dürfte.

Haussuchungen wurden vorgenommen in den Wohnungen des Sturmführers Hauptmann a.D. Wassung- Darmstadt, bei dem Gerichtsassessor Dr. Best, Amtsanwalt in Aisei, dem Gutspächter Dr. Wagner, Bocksheimshof bei Lambersheim und bei dem Kapitänleutnant a.D. Davidson. Wassung, Best und Wagner sind Landtagsabgeordnete.

SPD. Der Geschäftsausschuss des Preussischen Landtages beschloss am Mittwoch, die Genehmigung zur Strafverfolgung des wirtschaftsparteilichen Abgeordneten Ladendorff zu erteilen und hob demgemäss die Immunität Ladendorffs einstimmig auf. Wahrscheinlich wird Ladendorff, der an den betrügerischen Manipulationen der Bank für Handel und Grundbesitz, dessen Aufsichtsratsvorsitzender er war, beteiligt sein soll, in Haft genommen werden.

SPD. Paris, 25. November (Eig.Drahtb.)

Die Ansicht der japanischen Regierung über den Entschliessungsentwurf betreffend die Entsendung einer Kommission nach China ist am Mittwoch- Vormittag offiziell dem Ratspräsidenten Briand von dem japanischen Delegierten Yoshizawa mitgeteilt worden. Japan nimmt den Entschliessungsentwurf unter dem Vorbehalt einer Aenderung der auf die Einstellung der Feindseligkeiten bezüglichen Stelle an.

Am Nachmittag überbrachte der chinesische Delegierte Sze dem Ratspräsidenten die Antwort seiner Regierung. Sie enthält acht Bedingungen für die Annahme der Entschliessung. China fordert u.a., dass die militärischen Operationen sofort beendet werden, die japanischen Truppen innerhalb von 14 Tagen in die Eisenbahnzone zurücktransportiert werden, die Ueberwachung der Räumung durch neutrale Persönlichkeiten und gegenseitige Anerkennung der internationalen Verträge. Unter diesen Verträgen sind auch der Völkerbundspakt und der Kellogg- Pakt aufgeführt.

Die letzte Forderung hat den Rat in eine grosse Verlegenheit gebracht, sodass vorläufig noch nicht abzusehen ist, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden. Die Führer der Delegationen mit Ausnahme der japanischen und chinesischen traten um 5 Uhr nachmittags wieder zu einer internen Konferenz im Arbeitszimmer Briands zusammen und wurden von dem Ratspräsidenten über den Inhalt der japanischen und der chinesischen Antwort unterrichtet.

SPD. London, 25. November (Eig.Drahtb.)

Der ehemalige Schatzkanzler der Arbeiter- Regierung Philipp Snowden hielt am Mittwoch, als Lord Ickenshaw in Purpur und Hermelin gehüllt, unter den hierbei üblichen Zeremonien seinen Einzug in das Haus des Lords. Während viele konservative Lords und auch zahlreiche Zuschauer erschienen waren, war auf den Oppositionsbänken kein einziger Lord anwesend.

Aus aller Welt

Banditen und Piraten.

Verbrechensromantik zu Wasser und zu Lande - Die Organisationen der Aussenseiter der Gesellschaft.

SPD. Der korsische Bandenkrieg hat seine Parallele in der "Maffia" auf Sizilien und in ganz Unteritalien. Diese fast mittelalterliche Geheimorganisation ist ebenfalls aus den Wirkungen der Blutrache heraus entstanden. Wer durch das Gesetz der Blutrache aus der menschlichen Gesellschaft ausgestossen ist, findet in dieser Geheimorganisation sicheren Unterschlupf. Es ist die notwendige Folge solcher Isolierung vom eigenen Grund und Boden, sei er noch so klein, dass die Mitglieder der Maffia ins Banditentum zurückfallen müssen. Auf den Inseln des Mittelmeeres leben diese Bandenorganisationen in der Hauptsache von erpresserischen Aktionen, die stets unter der Flagge einer nationalen, insularen Minderheits- und Freiheitsbewegung durchgeführt werden. So wenig es Mussolini gelungen ist, durch eine gross angelegte Aktion gegen 400 Angehörige der Maffia auf Sizilien, den Geheimbund auszurotten, ebenso wenig können auch die Aktionen auf Korsika wirkliche Dauererfolge bringen. Es will scheinen, dass der Kampf gegen dieses Bandentum keine militärische und polizeiliche Aufgabe, sondern in erster Linie eine soziale und kulturelle Frage ist.

Bandenkrieg in der Wüste.

Die Bandenkämpfe der Korsen und der Maffia entbehren nicht eines gewissen kulturhistorischen Nimbus. Im vorderen Orient und im Norden Afrikas wird aber der Bandenkrieg zum Ausdruck religiöser und religionspolitischer Sektirerei. Im Lande der Wahabitin, in der arabischen Wüste und am Nordrande der Sahara hausen heute noch Wüsten- und Bandenräuber grosses Stils. Ganze Beduinenstämme leben ausschliesslich vom Wüstenraub. Es sind meist fanatisierte orthodoxe Mohamedaner, die mit besonderem Hass gegen die Ungläubigen in den Karawanen anrennen, nicht, um sie zum orthodoxen Glauben zu zwingen, sondern um sie auszurauben. Denn bei aller Strenggläubigkeit ist der Boden dieser Wüstenländer doch so arm an Ertragnissen, dass die Stämme einfach gezwungen sind, die Jahrhunderte alte Tradition der Wüstenräuberei und des Banditismus fortzusetzen.

Die Fahrten der Dschaus.

Wie in der afrikanischen und arabischen Wüste, so hat auch im arabischen Meer und im indischen Ocean das Bandenunwesen seine uralten Formen beibehalten. In den Gewässern der arabischen Küste und des persischen Golfes, deren Küsten sichere Schlupfwinkel bieten, treiben arabische Seepiraten ihr Wesen. Auf kleinen, seetüchtigen Fahrzeugen, den arabischen Dschaus, machen sie das Meer unsicher, organisieren sie Piratenzüge. Obgleich in den arabischen Küstenstädten mit Seeräubern kurzer Prozess gemacht wird - man lässt ihnen durch den Hafenmeister einfach den Kopf abschlagen - blüht die Piraterie am arabischen Meer. Zwar wagen sich diese Küstenpiraten nicht an grosse Handelsschiffe heran, aber die kleinen Küstensegler sind vor ihnen niemals sicher. Meister der Küstenschiffahrt, ausgezeichnete Kenner von Wind- und Meeresströmungen, verstehen sie es besonders gut, nachts, bei Windflauten, an die kleinen Segler heranzukommen und sie auszurauben.

Die Taktik der Dschunkenflotten.

Eine andere und gefährlichere Art von Seepiraten haust im chinesischen Meer und am Malayischen Archipel. Die Felsenküsten, unbewohnten Inseln und breiten Flussdeltas um das chinesische Meer herum sind die Ausgangspunkte dieser Piraterie. Von dorthier organisieren sie ihre verwegenen Raubzüge,

setzen oft grosse Dschunkenflotten ein und scheuen sich nicht, auch grössere Schiffe und Dampfer anzugreifen. Ihre Taktik ist meist die, dass sie sich an all die Schiffe heranmachen, die während eines Unwetters auf See untüchtig geworden sind, oder Havarie erlitten haben. Sie greifen aber auch ohne weiteres grosse Frachtschiffe an, von denen sie wissen, dass die geringe Besatzung nicht genügend Widerstand zu bieten vermag.

Wie der Bandenkrieg an Land, so ist auch diese Piraterie nur möglich durch umfassende Organisation, durch ein Netz gutfunktionierender Spionagesysteme in den Hafenstädten. Die chinesischen und malayischen Seeräuber sind in ähnlichen Geheimorganisationen zusammengefasst, wie wir sie von der Maffia her kennen.

"Der König von Issana".

In Südamerika lebt einer der interessantesten Flusspiraten, den die Kriminalgeschichte kennt. Man nennt ihn den "König von Issana"; er beherrscht das Flussgebiet des Rio Issana in Brasilien. Er selbst ist ein Mestize, der an der Küste geboren wurde; sein Piratenstaat entstand durch enge Versippung mit den ansässigen Indianern. Er führt einen eigenen Hofstaat und wird mit "Don" angesprochen. Die indianische Mannschaft seiner Piratenboote spricht ebenso fliessend spanisch wie indianisch. Seine Macht erreichte den Höhepunkt zur Zeit des grossen Gummiruns in Brasilien. Die Kautschuk- und Balalata-Sucher mussten aus den tiefer gelegenen Urwäldern mit ihren Booten "sein" Flussgebiet durchqueren. Unter dem Drucke der Flussräuber nahm ihnen der Indianerkönig die gesamte Ausbeute ab. Auch der rauhbeinigste Weisse war froh, wenn er dann noch lebend aus dem Flussgebiet herauskam. Aber in den letzten Jahren hat sich der Flusspirat immer mehr zurückgezogen, da ihm die Mittel ausgegangen sind, um grössere Unternehmungen zu organisieren.

Schmuggel ist lohnender.

Im Vergleich zu all den vorgenannten Banditen und Piraten sind die modernen, aus rein wirtschaftlichen Motiven aufgezogenen asozialen Bandenorganisationen technische Wunder. Es lohnt sich heute nicht mehr Schiffe auszuräubern und zu überfallen, solange die meisten mit Sand- und Wasserballast unterwegs sind. Auch die Bandenkämpfe auf dem Festlande dienen kaum noch der Bereicherung. Die modernen Piraten und Banditen haben deshalb umgesattelt und sich zu neuen Berufen bekannt, die nicht minder asozial sind: die meisten von ihnen sind Schmuggler geworden. In den tollkühnen Unternehmungen der Alkoholschmuggler in den finnischen Schären und an der amerikanischen Küste, im Waffenschmuggel Nordafrikas und des Orients feiert der alte Geist der Piraterie moderne Auferstehung.

+ + +
Zeugen aus dem Kongo?

W.S.

Aerzte aus 28 Ländern sollen sich über Calmette äussern! Ein grotesker Beweisanspruch.

SPD. Lübeck, 25. Nov. (Fig. Drahtbe.)

Im Lübecker Calmette-Prozess stellte Dr. Hoffmann, der Verteidiger Dr. Altstaedts, am Mittwoch einen umfangreichen Beweisanspruch. Dr. Hoffmann will beweisen, dass die Calmette-Impfungen in überaus zahlreichen Fällen in europäischen und aussereuropäischen Ländern ohne jede Schädigung an Kindern vorgenommen worden sind. Als Zeugen hierfür benannte Dr. Hoffmann Aerzte aus nicht weniger als 28 Ländern, darunter auch Aerzte aus Belgisch-Kongo, Uruguay und von der Insel Mauritius (Indischer Ozean). Er beantragte ferner, Dr. Ritter, den Vorsitzenden der Norderneyer Tagung der Deutschen Tuberkulose-Gesellschaft (1930) als Zeugen darüber zu hören, dass er diese Tagung mit den Worten eröffnete: "Ich weiss mich eins mit Ihnen allen, dass wir mit herzlicher und aufrichtiger Teilnahme der vielen Opfer gedenken, die infolge der Impfung in

in Lübeck verstorben sind. Unsere Teilnahme erstreckt sich aber auch auf die beiden Aerzte, die an dem furchtbaren Unglück beteiligt sind. Wer diese beiden Aerzte, deren Verdienste um die Erforschung, Bekämpfung und Behandlung der Tuberkulose unbestreitbar sind, kennt, weiss, dass sie in gutem Glauben gehandelt haben und von den besten Absichten geleitet wurden."

Äusserst scharf nahm Rechtsanwalt Dr. Frey zu diesen beiden Beweisanzüchern Stellung. Er führte aus, das Gericht werde zu prüfen haben, ob der Antrag nicht gestellt sei, um den Prozess zu verschleppen; denn wenn ihm stattgegeben werde, müssten die Richter eine Weltreise antreten oder ein Jahr lang auf dem Umweg über kommissarische Vernehmungen zu erforschen suchen, was dieser Antrag unter Beweis stelle. Ferner erklärte Dr. Frey, dass die Eltern sich gegen das Mitleid von Aerzten verwehren würden, das ihnen auf dem Umweg über das Mitleid mit Aerzten entgegengebracht werde. Was Dr. Ritter als Sachverständiger aussagen solle, habe sich das Gericht "längst an den Schuhsohlen abgelaufen." Dr. Frey schloss seine Ausführungen mit dem Appell: "Ich frage auf Ehre und Gewissen auf Grund dieses Beweisanzüchens die Angeklagten Professor Deyke, Dr. Altstaedt und Professor Klotz, ob sie nicht in der Lage sind, anstatt diesen Prozess weiter zu verschleppen, diesem grässlichen Prozess ein Ende zu machen durch eine offene Erklärung darüber, wie das Unglück in Lübeck entstanden ist."

Rechtsanwalt Dr. Ihde: "Was verlangt Dr. Frey? Soll Professor Deyke eine Erklärung abgeben, die er nicht vor seinem Gewissen verantworten kann?" Rechts-

anwalt Dr. Hoffmann: "Für Dr. Altstaedt erkläre ich auf Ehre und Gewissen, dass er nicht weiss, wodurch das Unglück in Lübeck entstanden ist." Rechtsanwalt

Dr. Cuvie: "Professor Klotz hatte weder mit der Einführung des Calmette-Verfahrens, noch mit der Herstellung des Impfstoffes etwas zu tun... Professor Klotz wusste und weiss nicht, wie das Lübecker Unglück entstanden ist."

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurden mehrere Lübecker Aerzte über die Versammlung im Aerztlichen Verein vernommen, in der Dr. Jannasch und Dr. Altstaedt vor der Einführung des Calmette-Verfahrens über das Calmette'sche Mittel gesprochen hatten. Von Bedeutung war die Aussage Dr. Rissoms, der in der Diskussion der Versammlung vor Uebereilung warnte und riet, vor der Einführung des Verfahrens "die Prüfung unserer deutschen wissenschaftlichen Untersuchungsstelle abzuwarten."

+ + +

Missions-Fürsorgeskandal. Die Staatsanwaltschaft Prenzlau (Uckermark) hat die Voruntersuchung gegen den Direktor Grüber der Fürsorge-Anstalt der Inneren Mission Waldhof bei Templin und gegen dreizehn ihm unterstellte Erzieher eingeleitet. Aus der Fürsorgeanstalt Templin sind grauenvolle Missstände bekannt geworden. Nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft soll sich fast der gesamte Lehrkörper der Anstalt durch furchtbare, zum Teil unter Anwendung von Waffen und Werkzeugen begangene Misshandlungen der vorsätzlichen Körperverletzung und fortgesetzten Gesundheitsschädigung der Zöglinge schuldig gemacht haben. Zwei der Erzieher werden ferner der fortgesetzten Vernahme unzüchtiger Handlungen an minderjährigen Zöglingen beschuldigt.

+ + +

Die Bluttat von Buggow. Die Staatsanwaltschaft Anklam hat die Leiche der in einem Gehölz bei Buggow (Pommern) erschossenen Frau von Hennings freigegeben; die Beisetzung wird auf dem Gute Buggow stattfinden. Der Förster Ginzler, der das Ehepaar Hennings auf dem Gang durch das Gehölz begleitet hatte, gilt durch Fingerabdrücke als überführt, die Falle, durch die Frau von Hennings getötet worden ist, angelegt zu haben. Die Kriminalpolizei vertritt den Standpunkt, dass Ginzler nicht auf eigene Initiative sondern auf Anstiftung gehandelt hat und führt ihre weitere Untersuchung in dieser Richtung.

+ + +

30 000 Mark verspekuliert? Der Vorsitzende der Dentisten-Hausgenossenschaft in Berlin, Emil Zweigenthal, wird beschuldigt, mit den Geldern der Genossenschaft ohne Wissen und Auftrag der Genossenschaftler Effektengeschäfte gemacht und 30 000 Mark verspekuliert zu haben. Zweigenthal ist aus Berlin verschwunden. Der Reichsverband deutscher Dentisten legt Wert auf die Feststellung, dass er offiziell mit der Genossenschaft nichts zu tun hat.

Giftmörderinnen? Im Zusammenhang mit den Ermittlungen in der Angelegenheit der Lehrersfrau Ziehm aus Fürstenberg a. Oder, die der Vergiftung ihres Stiefsohnes Heinz Günther beschuldigt wird, ist die Vermutung aufgetaucht, dass Frau Ziehm auch ihren ersten Mann, ein Volksschullehrer, vergiftet hat. Der erste Mann der Frau Ziehm, ein Lehrer Weisshaupt, war wiederholt an Vergiftungserscheinungen erkrankt und von einer Hausangestellten vor dem Genuss bestimmter Speisen gewarnt worden; auch soll sein Tod sehr plötzlich erfolgt sein. Ferner erstrecken sich die Ermittlungen der Kriminalpolizei auf den plötzlichen Tod des Vaters der Lehrerin, des Regierungs-Obersekretär Ladewig aus Potsdam. Hier soll als Täterin möglicherweise nicht Frau Ziehm, sondern die gleichfalls verhaftete Frau des verstorbenen Regierungs-Obersekretärs in Frage kommen. Die verdächtigten Frauen bestreiten bis jetzt jede Schuld.

Ermordung eines Zuchthäuslers. Auf einer Landstrasse bei Dudweiler (Westfalen) wurde die Leiche des entsprungenen Zuchthäuslers Fritsch in einer Blutlache aufgefunden. Fritsch, der Führer einer Verbrecherbande war, die vor fünf Jahren Westfalen und Lippe in Angst und Schrecken hielt, war Ende 1924 zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden, konnte jedoch vor etwa einem Monat entfliehen. Wer ihn ermordete, ist nicht bekannt; man vermutet als Täter einen ehemaligen Komplizen.

Geheimnis um 27 000. Im Jahre 1930 sind in Paris nach einer soeben veröffentlichten Statistik 27 000 Männer, Frauen und Kinder verschwunden. Im Jahre 1929 belief sich die Zahl der Vermissten auf 20 000.

282 Kilometer Stundengeschwindigkeit. Ein französisches Erkundungsflugzeug legte die 800 Kilometer lange Strecke Toulouse-Villacoublay bei gedrossem Motor in zwei Stunden 50 Minuten zurück, also mit einer Durchschnitts-stundengeschwindigkeit von 282 Kilometern.

"Aus der Gesellschaft". Die beiden Söhne des reichsten Mannes der Welt, des Nizam von Heidarabad, haben sich an der Riviera verlobt: der eine mit der 18jährigen Tochter des früheren Kalifen der Türkei, Abdul Medjed, der andere mit der Enkeltochter des Sultans Murad V. Die beiden Söhne des indischen Krösus sind im Frühjahr dieses Jahres nach Europa gekommen. Die Kosten ihrer Reise werden auf 600 000 Mark beziffert.

Der Schatz im Hühnermagen. Im Magen eines Huhns, das ein Bauer aus Saint Claude (Französischer Jura) geschlachtet hatte, fand man einen kostbaren Edelstein. Wie das Tier zu der teuren Nahrung gekommen ist, ist unbekannt.

Zehn = elf. Beamte der Strassburger Kriminalpolizei hoben eine Fälschgeldzentrale aus, Die Fälscher hatten nach einem neuartigen Verfahren gearbeitet: sie hatten 10 grosse 500= oder 1 000 Francs-Noten in schmale Streifen zerschnitten und dann so zusammengeklebt, dass aus zehn Scheinen elf wurden.



Letzte Warnung.

Gewerkschaften und Regierung.

SPD. Der Bundesausschuss des ADGB trat am Mittwoch in Berlin zusammen, um zu den Fragen Stellung zu nehmen, die durch die Wirtschafts- und Sozialreformpläne der Reichsregierung für die Arbeiterschaft besonders bedeutsam und dringend geworden sind.

Grassmann erstattete den Bericht über die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats. Der Beirat habe ein anschauliches Bild von den unvereinbaren sachlichen Gegensätzen geboten, die im Laufe der Beratungen zutage getreten seien. Handwerk und Kleinhandel hätten sich gegen weitere Lohnsenkung gewandt, Die Industrie dagegen habe unter ständigem Hinweis auf den Export mit grösster Entschiedenheit eine weitere Senkung der Löhne und Gehälter gefordert. Zu diesem Zweck - so habe sie erklärt - müssten die Tarife so gestaltet werden, dass sie regional, branchenmässig oder betrieblich den Erfordernissen der Wirtschaft leichter angepasst werden könnten. Unvermeidlich sei auch der Verzicht auf den staatlichen Schlichtungszwang.

Demgegenüber, so führte Grassmann weiter aus, brachten die Gewerkschaften einheitlich zum Ausdruck, dass sie nicht daran glauben, dass in den Kreisen der Arbeitgeber eine Bereitschaft vorhanden sei, frei vereinbarte Tarifverträge abzuschliessen. In einer wirtschaftlichen Notzeit wie der jetzigen müsse der Staat verhüten, dass die Lebensbedingungen der Lohn- und Gehaltsempfänger noch unerträglicher werden, als sie bereits seien. Es komme auf den Reallohn an. Das gelte für den Vollarbeiter und erst recht für den Kurzarbeiter. Gegen ausländische Schutzzölle sei die Lohnsenkung eine ganz ungeeignete Abwehrwaffe. Jede weitere Schwächung der Kaufkraft müsse aufs schärfste bekämpft werden.

Eggert ergänzte den Bericht Grassmanns: Von einem bestimmten Zeitpunkt der Beratungen an wurde die Grundlage der Aussprache im Wirtschaftsbeirat verschoben. Es stand nicht mehr zur Diskussion, ob, sondern wie die Löhne gesenkt werden könnten. Gegenüber dieser neuen Fragestellung erklärten die Gewerkschaftsvertreter, dass eine Verhandlung darüber für sie überhaupt nicht in Frage komme. Die neue Fragestellung wurde dann dahin präzisiert, dass man entweder bei der Festsetzung der Löhne auf den Stand des Lohnes eines früheren Jahres, etwa 1927, zurückgehen oder eine prozentuale Lohnsenkung vornehmen oder die Parteien zu neuen Tarifverhandlungen bringen müsse, und, wenn keine Verständigung erzielt werde, vor dem Schlichter die Entscheidung herbeiführen müsse. Diese Debatte wurde von den Gewerkschaftsvertretern mit der Erklärung abgebrochen, dass sie keine bindenden Abmachungen über die Lohnbedingungen treffen könnten, das sei Aufgabe der Verbände. Die Debatten im Wirtschaftsbeirat haben gezeigt, dass die Anwesenheit der Vertreter des ADGB zur Abwehr der Unternehmerpläne unbedingt notwendig war.

Die Aussprache wurde von Leipart, dem Bundesvorsitzenden, eingeleitet. Der Bundesvorstand, betonte Leipart, habe sich nur unter schweren Bedenken zur Teilnahme an den Verhandlungen des Beirats entschlossen. Der Reichswirtschaftsrat sei übergangen worden, obwohl er für diese Aufgabe zuständig gewesen wäre. Die unparitätische Zusammensetzung des Beirats zeige die einseitige Einstellung der Reichsregierung.

Die Aussprache, in der anerkannt wurde, dass die Vertreter des Bundesvor-

standes den Standpunkt der Gewerkschaften mit Entschiedenheit vertreten haben, ergab im wesentlichen folgende Feststellungen: Die Haltung der Arbeitgeber hat die Verhandlungen nichts Neues gelehrt. Die Arbeitgeber wollen zurück auf das Lohnniveau von 1927 und womöglich auf einen noch niedrigeren Stand des Lohns. Die Gewerkschaften haben sich nicht nur gegen die Haltung der Arbeitgeber zu wenden, sondern mit gleicher Schärfe auch gegen die Regierung. Diese hält sich nicht an die feierlichen Versicherungen, die ihre Vertreter bei verschiedenen Gelegenheiten abgegeben haben. Die Gewerkschaften aller Richtungen müssen dieser zweideutigen Haltung der Regierung ihren entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Eine Reihe von Teilstreiks, die in der jüngsten Zeit unter gewerkschaftlicher Leitung durchgeführt wurden, zeigen, dass die Arbeiter auch unter den gegenwärtigen Umständen, nicht gesonnen sind, auf das letzte Kampfmittel zu verzichten.

Die von der Regierung gezogenen Schlussfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirats sind eine einseitige Wiedergabe der Ansichten der Unternehmer. Diese Ansichten hat die Regierung sich zueigen gemacht. Die wirtschaftspolitische These der Regierung lautet: "Ein armes Land muss billig sein". Diesen Weg, den Weg der Deflation, können die Gewerkschaften nicht mitgehen; er ist verhängnisvoll. Er bedeutet die Aufwertung aller Schuldverpflichtungen. Deflation bedeutet, dass Deutschland dem Inflationsdumping des Auslandes das Lohndumping entgegensetzt. Das bedeutet aber wieder Abwälzung aller Lasten auf die Arbeiter.

Die Handhabung der Verbindlichkeitserklärung, die heute üblich ist, läuft darauf hinaus, die Gewerkschaften dort zu binden, wo sie stark genug wären, einen Angriff auf den Lohn abzuwehren. In allen anderen Fällen aber führt sie zur Preisgabe der Tarifverträge. Gegen das im Reichsarbeitsministerium herrschende Bestreben, auf dem Verwaltungsweg in geltende Tarifverträge einzugreifen, wendet sich der Bundesausschuss mit grösster Entschiedenheit. Er verlangt von der Regierung, unter keinen Umständen sich dazu herzugeben, den Unternehmern den Weg zu ebnen, wenn diese geltend machen, dass die "Veränderung der Geschäftsgrundlagen" eine Aenderung der Tarifverträge bedinge.

Das Ergebnis der Aussprache besteht in der einmütigen Ueberzeugung der Vertreter der Verbände, dass der von der Regierung in der Erklärung des Kanzlers vorgezeichnete Weg unter keinen Umständen beschritten werden darf, da er unvermeidlich zu einer Verschärfung der Not und zu einer Zuspitzung der politischen Situation führe.

Zu der geplanten Aufhebung des Verbotes der Nacharbeit in den Bäckereien nahm der Bundesausschuss folgende Entschliessung an: "Der Bundesausschuss des ADGB. erhebt in letzter Stunde schärfsten Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Aufhebung des Verbots der Nacharbeit in den Bäckereien.

Durch die Zulassung der Nacharbeit in wenigen Grossbäckereien, die für die gesamte Brotproduktion ohne Bedeutung sind, weil über 90 v.H. der Brotversorgung von den Mittel- und Kleinbäckereien erfolgt, kann, wie einwandfrei und un widersprochen nachgewiesen worden ist, keine Senkung des Brotpreises erfolgen. Nicht durch die Zertrümmerung eines hochwertigen Arbeitsschutzgesetzes kann eine Preisermässigung für Brot erreicht werden, sondern durch die Herabsetzung der überspannten Zölle auf Brotgetreide".

Im Ausklang der Beratungen über den wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung kam in verschiedenen Reden zum Ausdruck, dass der Zeitpunkt nicht mehr fern scheine, in dem die Haltung der Arbeiterbewegung nur noch bestimmt werden könne von dem Bestreben, das bisher unerschütterte Vertrauen ihrer Gefolgschaft auch für fernere Zeit sich zu erhalten.

Den Bericht über die Lage der Sozialversicherung in der Krise erstattete Welker. Hierzu wurde vom Bundesausschuss folgende Entschliessung einstimmig angenommen: "Der Bundesausschuss weist erneut auf die schwierige Lage der Invaliden- und Unfallversicherung hin, deren finanzielle Grundlagen teils

infolge der durch die Arbeitsmarktkrise verursachten Einnahmeausfälle, teils durch den Ausfall der zugesicherten Reichszuschüsse erschüttert sind. Insbesondere die Invalidenversicherung ist durch das Ausbleiben der in der lex Brüning zugesagten Mittel, durch die Zahlung der Reichszuschüsse, in zur Zeit unverwertbaren Schatzanweisungen und durch festgefrorene Kredite an Reich, Länder und Gemeindeverbände in ihrer Leistungsfähigkeit auf das schärfste beeinträchtigt. Es wäre ein gewaltiges Unrecht an der Arbeiterschaft, wolle man diese Notlage, die die Versicherungsträger unverschuldet trifft, dazu ausnützen, den Wünschen der Unternehmer nachzugeben und die heute schon völlig unzulänglichen Versicherungsleistungen abzubauen. Der Staat, der für die Sanierung privater Unternehmungen eintritt, hat die Pflicht, in dieser Krise auch der Sozialversicherung Hilfe zu gewähren. Die akuten Schwierigkeiten der Invalidenversicherung wären dadurch zu beheben, dass Reich, Länder und Gemeindeverbände ihre schuldnerischen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsanstalten erfüllen.

Eine Reform der Sozialversicherung im Sinne einer organisatorischen Verbesserung und Vereinheitlichung erachtet auch der Bundesausschuss für notwendig. Diese Reform muss aber auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung durchgeführt werden. Dagegen warnt der Bundesausschuss dringend davor, einen Leistungsabbau etwa auf dem Wege der Notverordnung durchzuführen. Eine solche wiederum einseitig auf Kosten der Arbeiterschaft getroffene Massnahme müsste dem einmütigen Widerstande der Gewerkschaften begegnen."

SPD. Der Verband der Friseure hat mit dem Gesamtverband Verhandlungen über seinen Anschluss geführt. Die Verhandlungen sind soweit gediehen, dass ihr Ergebnis den Mitgliedern des Friseurverbandes in einer Urabstimmung vorgelegt werden kann.

SPD. Für die Schuhindustrie ist durch Vereinbarung die Geltung des Lohnabkommens ohne Aenderung bis zum 15. Dezember verlängert worden.

SPD. Die Verhandlungen für die Eisenindustrie Nord-West, die am Donnerstag vor dem Schlichter fortgeführt werden sollten, wurden auf den 3. Dezember angesetzt.

Für die Textilindustrie des Münsterlandes wurde ein Schiedsspruch gefällt, der eine Kürzung des Lohns um 5 % vorsieht.

Für die Darmstädter Metallindustrie kam ein Vergleich zustande, der den Tarifspitzenlohn von 81 auf 76 Pfennige senkt.

Für die Gross-Remscheider Eisenindustrie wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach sich vom 1. Januar ab der Tariflohn um 6 % ermässigt. Das Arbeitszeitabkommen bleibt unverändert.

Für die Siegener Metallindustrie wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach die Tariflöhne um 6 % gesenkt werden. Das Abkommen kann zum 15. Januar wieder gekündigt werden.



Projekte um die Brotverbilligung.

Aufhebung des Nachtbackverbots mit sozialen Sicherungen.

SPD. Im Rahmen der angekündigten Notverordnung will sich die Regierung abermals an die Aufgabe heranmachen, den Brotpreis zu senken. Allen Anschein nach kommt für die Regierung zunächst die Verbilligung der Futtermittel in Frage, um die Roggenbestände von der Viehfütterung mehr der menschlichen Ernährung zuzuleiten und das Angebot an den Börsen zu vergrössern. Im Anschluss an diese Aktion wird man sicherlich nicht an der Senkung der Getreidezölle vorbeikommen. Auch die Grossagrarien geben ja die Notwendigkeit einer solchen Zollsenkung unter vier Augen ohne weiteres zu. Weiter denkt man daran, das Nachtbackverbot für die Roggengrossbrotherstellung aufzuheben.

Das Nachtbackverbot ist seit Jahren heftig umkämpft. Es wurde nach Ende des Krieges eingeführt, um den entsetzlichen Zuständen in den Bäckereien ein Ende zu machen, wo Tag und Nacht gearbeitet wurde und der Geselle überhaupt nicht mehr aus der Werkstatt kam. Das ganze Nachtbackverbot lag damit auf der allgemeinen Linie der Einführung des gesetzlichen Achtstundentages. Ohne Zweifel ist das Nachtbackverbot ein sozialer Fortschritt ersten Ranges. Die Gegner des Nachtbackverbots - zu ihnen haben sich z.T. auch die Konsumvereine gesellt - führen für seine Aufhebung an, dass es die volle Ausnutzung der Grossbetriebe verhindert und dass mit Aufhebung des Nachtbackverbots eine ziemlich weitgehende Verbilligung des Brotes erreicht werden kann. Um diese Argumente zu würdigen, geben wir eine Untersuchung über die Kostenverhältnisse im Gross- und Kleinbetrieb wieder, die im ersten Halbjahr 1929 von Aloys Brinkmeyer von der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen durchgeführt worden ist:

	<u>Mehlkosten</u>	<u>Verarbeitungs- kosten</u>	<u>Vertriebs- kosten</u>	<u>Unternehmer- gewinn</u>
	(für ein Berliner Roggenbrot pro kg 41 Pfg im ersten Halbjahr 1929)			

Bäckereibetrieb

a) in % des Bäcker- verkaufspreises	57	19	11	9
b) je Pfg. pro kg Brot	23,4	7,8	4,5	3,7

Grossbetrieb

a) in % des Bäcker- verkaufspreises	49	13	20	7
b) je Pfg. pro kg Brot	20,1	5,3	8,2	2,9

Die Aufstellung zeigt, dass der Grossbetrieb, soweit die bloße Herstellung von Brot in Frage kommt, weit billiger arbeitet als der Kleinbetrieb. Die Mehlkosten, die Verarbeitungskosten und der Unternehmergewinn sind im Grossbetrieb bei weitem billiger. Dagegen sind die Vertriebskosten im Grossbetrieb fast doppelt so hoch als im Kleinbetrieb. Mit anderen Worten: der Grossbetrieb fabriziert billiger, der Kleinbetrieb verkauft billiger. Die logische Entwicklung müsste also dahin gehen, dass der Grossbetrieb Brot fabriziert, während der Kleinbetrieb Brot verkauft. In Dänemark, das bei niedrigen Verdienstspannen

ein äusserst billiges und gutes Brot hat, vollzog sich die Entwicklung seit langen in der Art, dass die Bäcker sich auf die Herstellung von Weissgebäck beschränken. Sie sind Weiss- und Feinbäcker und im übrigen verkaufen sie für die Brotfabriken das Roggenbrot. Sie haben sich mit Hilfe der Genossenschaften Einfluss auf die Brotfabriken, insbesondere die Gewinnbeteiligungen gesichert. Ohne Zweifel wird die Entwicklung auch in Deutschland so vor sich gehen. Der Grossbetrieb kann aber, schon aus technischen Gründen, nur richtig ausgenutzt werden, wenn er kontinuierlich, d.h. in Schichten hintereinander arbeitet. Hier knüpfen die Bestrebungen für die Beseitigung des Nachtbackverbots an. Die Beseitigung soll nur für den Grossbetrieb gelten, der Roggenbrot herstellt. Man will sogenannte soziale Sicherungen schaffen, damit die Lockerung nicht missbraucht wird und die Zustände in den Bäckereien wie wir sie vor dem Kriege gehabt haben, nicht wiederkehren. In Dänemark hat man die Dinge so geregelt, dass jeder Bäcker alle drei Wochen eine Woche in Nachtschicht arbeitet. In Deutschland hat man den Vorschlag gemacht, aufgrund der Verzichtstuntenwoche die Dinge so zu regeln, dass jeder Bäcker alle vier Wochen eine Woche nachts arbeitet.

Fachleute nehmen an, dass man durch die Aufhebung des Nachtbackverbots den durchschnittlichen Brotpreis um 10 Prozent senken kann. In besonderen Fällen spricht man von einer Senkung um rund 20 Prozent. Mit der Zeit sind wir allerdings gegenüber solchen Versprechungen misstrauisch geworden und halten es für ganz selbstverständlich, dass in der Notverordnung eine Klausel geschaffen wird, wonach eine Senkung tatsächlich durchgeführt werden muss. Im übrigen wird auch bei einer Senkung von 10 bzw. 20 Prozent der Brotpreis immer noch zu hoch liegen. Der Brotpreis von heute entspricht nicht der Kaufkraft der breiten Massen und dürfte höchstens 30 Pfennig betragen. Zu diesem Ziel kann man aber nur kommen, wenn man endlich die Getreidezölle senkt. Wichtig ist vor allem auch die Senkung der Futtermittelzölle. Die Futtermittel sind heute für den Viehzüchter zu teuer und er verfüttert Roggen, den wir für die menschliche Ernährung dringend gebrauchen, um die hohen Preise für Futtermittel nicht zahlen zu müssen. Unter Einfluss der hohen Zölle und der nicht ausreichenden Getreidebestände haben sich die Preise an der Berliner Börse seit August wie folgt entwickelt:

	<u>Anfang August</u>	<u>Mitte Oktober</u>	<u>Ende November</u>
	(Preis pro Tonne in Mark, Berliner Börse)		
Weizen	198	215	224
Roggen	145	187	198
Futtergerste	=	155	162
Weizenmehl, 100 kg	27,---35,50	27,75-32,25	28,00-32,00
Roggenmehl, 100 kg	21,75-25,00	26,25-28,75	27,00-29,35

Obwohl der Mehlmarkt die Steigerungen nicht ganz mitmachte, sind bedeutende Preiserhöhungen eingetreten, die sich nach Mitteilung des Preussischen Statistischen Landesamtes wie folgt auswirkten:

	<u>August</u>	<u>September</u>	<u>Oktober</u>
	(Preis für 1 kg in Pfg. für den Durchschnitt von 51 preussischen Städten.)		

Erste, meistgekaufte Sorte Roggenbrot	37,5	37,3	37,7
Zweite Sorte Roggenbrot	37,6	37,5	37,8
gewöhnliches Roggenmehl	38,4	38,1	38,5

Unter Druck der abnehmenden Kaufkraft haben sich grosse Preissteigerungen vermeiden lassen, aber die Tendenz der Mehl- und Brotpreise ist nach oben gerichtet und diese Tendenz wird sich verschärfen, je mehr sich das geringe Angebot von Getreide an den Börsen und damit die hohen Zölle auswirken werden. Wenn man wirklich an die Verbilligung des Brotpreises gehen will, halten wir eine Verringerung der phantastisch hohen Zölle für unbedingt notwendig. Ohne eine Zollsenkung werden die Massnahmen der Regierung hinsichtlich einer Brotverbilligung auf dem Papier stehen bleiben und unwirksam sein.

SPD. Die Gold- und Devisenverluste der Reichsbank, die in der zweiten Novemberwoche rund 72,2 Millionen Mark ausmachten, werden für die dritte Novemberwoche mit 13,7 Millionen Mark angegeben. Die Devisenbestände haben um 15,7 Millionen Mark auf 167,5 Millionen Mark zugenommen. Dagegen musste die Reichsbank rund 29,4 Millionen Mark Gold abgeben, womit sich die Goldbestände auf 1008,6 Millionen senken. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen hat sich gebessert und beträgt 27,5 Prozent gegen 26,7 Prozent in der zweiten Novemberwoche.

Die Kreditgewährung der Bank hat sich um 120,8 Millionen Mark auf 3 876,9 Millionen Mark verringert. Die Verringerungen entfallen durchweg auf den Wechselkredit, der um 126,4 Millionen Mark auf 3 655 Millionen Mark zurückging. Der Lombardkredit hat sich aber um 5,6 Millionen Mark auf 119 Millionen Mark erhöht. Der Notenumlauf schränkte sich um 181,2 Millionen Mark ein.

SPD. Auf der in Berlin stattgefundenen Generalversammlung des Braunkohlenkonzerns Bubiag zeigte sich, wie die hochbezahlten Generaldirektoren und Direktoren in Wirklichkeit über einen Lohnabbau denken. Ihre Parole ist: Lohnsenkung für andere, beileibe nicht für Generaldirektoren.

Unter den Bubiagaktionären befindet sich ein Mann, der nicht begreifen kann, dass z.B. der Generaldirektor der Bubiag Büren ein Gehalt von 200 000 Mark pro Jahr bezieht, obwohl die kaufmännische Tätigkeit im Braunkohlenvertrieb beim ostelbischen Braunkohlensyndikat liegt, wo die massgebenden Direktoren noch einmal mit 120 000 Mark pro Jahr bezahlt werden. Der Vertrieb der Braunkohle ist also doppelt mit diesen phantastischen Direktorengehältern belastet, weshalb man sich nicht wundern kann, dass die Braunkohle immer noch so teuer ist.

Der besagte Aktionär stellte in der Generalversammlung der Bubiag den Antrag, die Direktorengehälter auf 24 000 Mark im Jahr herunter zu setzen. Dazu sollten dann noch 10 000 Mark Tantiemen gewährt werden. Für die Aktionäre verlangte dieser Aktionär, dass sie in Zukunft ihre Steuern selbst bezahlen. Bisher war es so, dass die Bubiag, die noch im Krisenjahr 10 Prozent Dividende zahlen konnte, die auch Steuern für die Aktionäre zahlt.

Dieser Aktionär hatte schon im vorigen Jahre denselben Antrag gestellt. Damals wurde ihm aber gesagt, dieser Antrag wäre zu spät eingereicht. Andernfalls wäre man gern bereit gewesen usw. usw. Dieses Mal hat der Aktionär seinen Antrag rechtzeitig gestellt. Die Verwaltung hat ihn aber nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Begründet wurde das, unter dem Lächeln der hochbezahlten Direktoren, damit, dass er eine zu geringe Unterstützung gefunden habe. So musste sich dieser Aktionär damit begnügen, seinen Antrag unter "Vermisches" vorzubringen. Zum mindesten hat er die Genugtuung ihn vorgebracht zu haben.

Die Öffentlichkeit wird durch solche Dinge angeregt werden, sich wieder einmal recht gründlich mit den Braunkohlenpreisen zu beschäftigen.

Im übrigen teilte der Leiter der Bubiag, Generaldirektor Büren, mit, dass die Lohnquote bei der Bubiag 40 Prozent ausmache; angesichts der überspannten Mechanisierung in der Bubiag halten wir diese Angabe für übertrieben. Der Lohnanteil muss niedriger liegen.

SPD. Wie die Reichsbahngesellschaft mitteilt, wird sie aus den durch die Amnestieanleihe aufgebrauchten Mitteln rund 250 Millionen Mark zur Erteilung von Aufträgen verwenden. Die Aufträge werden sofort herausgegeben, obwohl die Einzahlungstermine für die gezeichnete Anleihe bis August 1932 laufen. Betont wird, dass bei diesen Aufträgen auch Handwerk und Kleinindustrie Berücksichtigung finden sollen.

Nach einer Aufstellung entfallen von den 250 Millionen Mark Aufträgen allein 80 Millionen Mark auf den Oberbau (Schienen, Kleineisenzeug, Schwellen, Steinschotter usw.) und 59 Millionen Mark auf Neubauten. Hier handelt es sich wohl vorzugsweise um die Elektrisierung der Wannseebahn in Berlin. 4 Millionen Mark werden für Sicherungsanlagen, 20 Millionen Mark für eiserne Brücken, 32 Millionen Mark für Gebäude, Bahnsteighallen und steinerne Brücken aufgewendet. Das Auftragsprogramm an die Fahrzeug- und Lokomotivindustrie macht 35 Millionen Mark aus (13 Kleinlokomotiven, 3 Beiwagen für Wechselstromtriebwagen, 53 Personenwagen, 276 Gepäckwagen, 94 Grossgüterwagen, 1025 Güterwagen, 145 Bahndienstwagen, 5 Kraftomnibusse und 20 Lastkraftwagen). Die Fahrzeugverbesserung, Verstärkung von Puffern, Einbau moderner Ersatzteile und Verbesserung der Beleuchtung, erfordert 12 Millionen Mark. 4 Millionen Mark dienen für Verbesserung maschineller Anlagen (Maschinen, Kessel, Apparate).

Danach würde sich die Summe von 250 Mill. Mark mit rund 51,5 Millionen Mark auf die Eisen- und Stahlindustrie, 49,5 Mill. Mark auf den Maschinen und Fahrzeugbau (35 Mill. Mark Lokomotiven, Waggons usw.), 20 Mill. Mark auf Eisenkonstruktionen, 4 Millionen Mark auf Maschinen, Kessel und Apparate, 16,5 Millionen auf die Industrie der Steine und Erden, 94,5 Millionen Mark auf das Baugewerbe (25,5 Mill. Mark Hochbau und 69 Mill. Mark Tiefbau), 5,3 Millionen Mark auf die Elektroindustrie (0,5 Kabel- und Leitungsmaterialien), 1,3 Millionen Mark auf Starkstrom und 3,5 Millionen Mark auf Schwachstrom, 8,1 Millionen Mark auf das Holzgewerbe und mit 100 000 Mark auf die Kautschuk- und Asbestindustrie verteilen. 15 Millionen Mark sind zusätzliche Lohnaufwendungen der Reichsbahn für Oberbaueinbau und Werkstättenarbeiter.

SPD. Der Fall des vor einigen Tagen zusammengebrochenen Bankhauses Marcus in Berlin dürfte sich zu einem Riesenskandal auswirken.

Die Bank hatte nur sogenannte Grosskunden, Angehörige der besseren Kreise. Dazu gehörten u. a. Herr Heck von der Dessauer Gas, der früheren preussische Gesandte von Haniel in München, der Herausgeber des "Holzmarkt", der vor Jahren die Kampagne gegen die Reichsminister Dr. Wirth führte, Otto Fernbach und andere mehr. Die Konten, die sie bei Marcus unterhielten, waren ausgesprochene Spekulationskonten. Wie es heisst, sollen von 16 bis 18 Grossgläubigern etwa 15 Millionen Mark bei der Bank eingezahlt worden sein. Der Gegenwert hat sich durch unglückliche Spekulation auf etwa 4 bis 5 Millionen Mark verringert.

Marcus hat bis zum letzten Augenblick gehofft, mit Hilfe der Grossgläubiger die kleinen Gläubiger auszahlen zu können, um Konkurs und Skandal zu vermeiden. Die Grossgläubiger haben sich aber diesen Plänen versagt.

Es geht das Gerücht, dass Marcus deshalb besonders stark auf die Hilfe der Grossgläubiger rechnete, weil bei der Bank vieles nicht mit rechten Dingen zuging. Es behauptet sich hartnäckig das Gerücht, dass die Marcusbank eine Art Steuer- und Kapitalverschiebebank war.

Ueber die Marcusbank sollen auch die Nationalsozialisten finanziert worden sein und zwar nennt man hier den früheren Generaldirektor Hissink vom Bergmannkonzern, dem drittgrössten Elektrokonzern Deutschlands. Hissink ist stark am Zusammenbruch des Konzerns beteiligt, der von der AEG und vom Siemenskonzern übernommen werden musste. Die neuen Besitzer haben auf die Dienste Hissinks, der ein Gehalt nach Hunderttausenden bezog, verzichtet.

Grösseres Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 25. November.)

SPD. Infolge erheblich stärkerem Angebot an Brotgetreide beider Arten: verkehrte die Berliner Produktenbörse am Mittwoch in schwächerer Haltung. Die Landwirte versuchten zwar, für den auf den Markt gebrachten prompten Weizen und Roggen höhere Preise durchzusetzen. Die Mühlen, die über schlechtes Mehlgeschäft klagen, hielten sich jedoch bei ihren Käufen sehr zurück, sodass sich bei der Notierung Abschwächungen von etwa 3 Mark für beide Brotgetreidearten am Promptmarkt ergaben. Auch am handelsrechtlichen Lieferungsmarkt gingen die Preise um etwa 2 bis 2½ Mark für Weizen und 3 bis 4 Mark für Roggen zurück. Das Mehlgeschäft stagniert weiter. Die Mühlen haben zwar im allgemeinen ihre Forderungen noch nicht herabgesetzt; jedoch glaubt man, dass sie sich entgegenkommender zeigen, sobald grössere Verkaufsmöglichkeiten bestehen. Einstweilen wird lediglich der allernotwendigste Bedarf eingedeckt. Auch der Hafermarkt stagniert vollkommen. Der Konsum ist sehr zurückhaltend, sodass auch hier Preisabschläge von etwa 1 Mark und darüber zu verzeichnen waren.

	24. November	25. November
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	225 = 228	222 = 225
Roggen	199 = 201	196 = 198
Braugerste	165 = 175	164 = 173
Futter- und Industrierogerste	160 = 164	160 = 163
Hafer	145 = 150	144 = 149
Weizenmehl	28,25-32,25	28,00-32,00
Roggenmehl	27,15-29,50	27,00-29,35
Weizenkleie	10,25-10,75	10,00-10,50
Roggenkleie	10,50-11,00	10,50-11,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 237½-236½ (Vortag 238½), März 246-245 (247½). Roggen Dezember 206-204½ (208), März 211-209 (213). Hafer Dezember 160 (160), März 186 plus Brief (169).

SPD. Gewisse Vorgänge im Favagprozess sind es sehr wahrscheinlich gewesen, die das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen veranlassten, die Verhältnisse des Iduna-Versicherungskonzerns näher zu untersuchen. Auf den Abschluss dieser Untersuchung darf man gespannt sein. Die Verhältnisse werden u.a. durch eine Gesellschaft gekennzeichnet, wie wir sie bei der Nordwolle, bei Schultheiss und bei anderen Unternehmungen, die in der Reihe der grossen Skandale genannt werden, finden. Bei Nordwolle war es die Ultramarine, bei Schultheiss die Nutria und bei der Iduna taucht eine Custodia auf, eine Aktiengesellschaft mit rund 100 000 Mark Aktienkapital. Die Mehrheit des Aktienkapitals befindet sich in der Hand des Generaldirektors Klein bei der Iduna. Klein beherrscht durch die Custodia den ganzen Konzern. Ueber die Custodia sollen hohe Provisionen gezahlt worden sein. Im übrigen interessiert eine hohe Lebensversicherung, die vom Idunakonzern für Generaldirektor Klein abgeschlossen ist. Die Versicherung beträgt rund 1 Million Dollar. Man vermutet, dass diese aussergewöhnliche Versicherung im Zusammenhang mit Aktienverkaufsgeschäften steht und dass durch sie einer besonderen Seite Zuwendungen gemacht werden sollen.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 25. November 1931.

Hector.^x

SPD. Zuweilen, wenn ich auf meinem nächtlichen Heimweg den alten Wächter von "Börne und Compagnie" vor dem schmiedeeisernen Tore seiner Firma stehen sah, hatte ich ihm eine Zigarre angeboten. Mit einem misstrauischen Blick hatte sie der Mann genommen, und der Hund an seiner Seite hatte leise geknurrte. Heute aber waren wir ins Gespräch gekommen, das bislang nur aus einem brummigen "Danke!" und einem beiderseitigen "Gute Nacht"-Gruss bestanden hatte. Der Alte, den ich, wie alle in unserm Viertel, nur unter dem Namen "Vater Krüger" kannte, war diesmal freundlicher gestimmt, während die Dogge, die er an kurzer Kette hielt, ächzend die Zähne zeigte. "Das ist ein dummes Vieh", murmelte Vater Krüger und zog die Kette fester. "Der kann nicht Freund von Feind unterscheiden. Scharf ist er, das ist wahr, aber hat keine Grütze im Schädel, und verstehen tut er nur, was eben so ein Köter verstehen kann. Was sagen Sie, Herr, das wär' ganz natürlich? Vielleicht ist's natürlich; dann war eben der Hector ein unnatürlicher Hund. Dem konnt' ich alles erzählen. Der verstand's, besser wie'n Mensch. Glauben Sie mir, ich hab' mein Lebtag mit keinem Menschen so viel gesprochen wie mit diesem Hund, dem Hector. Ja, der hier heisst Treff, aber der andere hiess Hector. Das war nämlich so'n Feldmarschall bei den pllen Römern, so'n Teufelskerl, hab' ich mir erzählen lassen, der Herr Hector, und nach dem haben sie den Hund genannt. Na, das hatte der auch verdient, Mut wie ein Löwe und Verstand wie ein Professor, jawohl. Wolln Sie mal sein Bild sehen, Herr?"

Ich nickte, und wir traten in die schmale Bretterbude, die Vater Krüger bewohnte. Treff bellte und riss an der Kette. Der Alte wies ihn in die Ecke, in die er sich knurrend kuschte. "Wie gesagt, ein dummes Vieh, der Treff. Müsstest du doch längst gemerkt haben, dass Sie Besuch von mir sind, nicht wahr? Würd' ich Sie sonst hier in meine Bruchbude führen, wie? Hector hätt's gleich gewusst. Und, sehen Sie, da am Spiegel, da ist sein Bild."

Ich betrachtete die zerknitterte, verblasste Photographie, die den alten Krüger zeigte, wie er seinen Arm um den Kopf eines, allerdings selten schönen, Schäferhundes gelegt hatte. "In der Tat, ein feiner Kerl, Vater Krüger."

"Ja, und ein kluger und treuer Kerl, Herr. Sehen Sie, wir Menschen sind nicht treu; wir sind feige und treulos. Sie brauchen nichts zu sagen; ich wollt' Sie gewiss nicht beleidigen; aber wenn ich das sage: feige und treulos, dann denk' ich da erst mal an meine Wenigkeit. - Ich war bei Ypern dabei und in den Karpathen, und wenn heut' ein paar Buschen kommen und wollen was, Vater Krüger geht ran wie Blücher; aber jeder Mann hat seine schwache Stunde. Ich hab' sie auch gehabt, Herr, und Sie vielleicht ebenso... - Also, das ist nun her, drei, vier, viereinhalb Jahre, dass sie da über die Mauer wollten und rein ins Kontor, wo der Geldschrank steht. Vier Kerle waren es, und es hat ja auch in der Zeitung gestanden. Was, das wissen Sie nicht mehr? Aber es hat drin gestanden in der Zeitung, Sie dürfen's mir glauben, und mein Name stand auch drin, aber von Hector kein Wort. - Also ich steh' hinten im Hof und will mir grad' die Pfeife anbrennen und frag' den Hector, was er meint, ob ich's mal mit der Lotterie versuchen sollte. "Hector," sag' ich, "wenn wir da gewinnen, dann geht's uns beiden gut. Was meinst du?", und lass' das Streichholz fallen. Das flackert noch so ein wenig am Boden, und Hector schlägt mit der Pfote drauf, dass es ausgeht. Das hiess soviel, wie: "mach' dir keine falschen Hoff-

nungen, Vater; daraus wird nichts." Na gut, denk' ich, dann wird für den Teller ein ordentlicher Korn gekauft und für Hector ein Eisbein. Ja, Herr, und da springt der Erste über die Mauer. Hector reisst an der Kette, aber er ist nicht so ein dummes Vieh, das gleich zu bellen anfängt. Ganz still ist er und sieht mich nur an, was ich jetzt wohl tun werde. - Die Mauer ist in Schatten, Herr. Da schleichen wir entlang, und nun springen noch zwei andre Brüder dem ersten nach, und jetzt hab' ich den Revolver entschert und hak' den Hund von der Kette. "Halt!" ruf' ich, und die Kerle stehen, aber da trifft mich schon ein Schlag auf den Arm, der Revolver fliegt zu Boden, und der, der das gemacht hat, das war der Vierte der Bande. Der war hinter mir über die Mauer geturnt; den hatte ich nicht gesehen, und dann saust's auf meinen Schädel nieder, und ich bin auf dem Pflaster. Als ich wieder hoch komme, sind zwei der Halunken schon durch die Kontortür, aber die andern beiden sehen, dass ich wieder bei Atem bin, und kommen auf mich zu. "Hector", ruf' ich. Aber da wimmert's nur in der Ecke.

"Euch machen wir beide stumm, dich und deinen Köter", rufen sie herüber, und da Herr, da hat mich doch die Angst gepackt, Todesangst, Feigheit, ganz gemeine Feigheit. Ich lauf' zurück, lauf', was ich kann, und im Laufen stolpre ich fast über den Hund, stolpre über den Hector. Der liegt da, Herr, in einer Pfütze Blut, und hebt den Kopf und sieht mich an. Nie werd' ich's vergessen, wie der Hund mich ansieht. Das kann man garnicht erzählen, Herr; da schauert's mich noch heute. Wissen Sie, was der sagt, der Hector, obgleich er doch nicht reden kann wie wir Menschen? "Du rückst aus, Vater Krüger, aber ich wär' nicht ausgerissen, wenn du da am Boden gelegen hättest." Sehen Sie, bloss mit seinen Augen sagt er das, und ich renn' doch weiter, renn' durch das kleine Tor, das nur verriegelt war, und die Strasse hinunter, und da steht ein Schupo, und der alarmiert dann das Kommando. - - - Was sagen Sie, Herr, tot? Nein, tot ist er nicht gewesen, der Hector.

Die Kerle sind gefasst worden, eh' sie noch unsern Tresor durchgeknabbert hatten, und Hector lag da und winselte und heulte und leckte mir die Hand. Dre Zoll breit war der Messerstich, aber er lebte. In der Klinik, oder wie sie das nennen, da meinten ja die Doktors, es wär' das beste, man würde ihn vergiften. Aber da hab' ich ihn wieder rausgetragen, eh' sie noch mit ihrer verrückten Spritze kamen. Und er ist auch wieder heil geworden. Erst voriges Jahr ist er abgegangen, der Hector. Ja, nun bin ich allein. Er hat mir's auch nicht nachgetragen, dass ich ihn verlassen hab', verlassen, als sie riefen: "Euch machen wir beide kalt," aber den Blick, Herr, den Blick kann ich nicht vergessen, und darum hab' ich recht, wenn ich sag', wir Menschen sind treulos. Hector war es nicht. - Na, gute Nacht, Herr, und schönen Dank auch! Ruhig, Treff! Ich sag's ja, er ist ein dummes Vieh. Aber Hector war anders."

Roland Marwitz.

Ein Mann weint.^x

SPD. Die kleine, billige Garküche lag in einer Seitenstrasse, die in den lärmenden Strom der Hauptstrasse einmündete. Das Rollen der Strassenbahnen, die grellen Hupen der Autos drangen bis in die Speiseraum, in dem Gäste an kleinen Tischen sassen und hastig ihren Teller leer assen. Es waren Angestellte aus den Büros der Umgegend, kleine Ladenmädchen und Stenotypistinnen, Arbeitslose, auch zufällig Vorübergehende, die, durch die Reklameschilder in den Fenstern der Speisewirtschaft verlockt, eintraten, um schnell und für wenig Geld ihren Hunger zu stillen. Ging die Tür auf, so zogen in Schwaden die Gerüche der Speisen auf die Strasse hinaus, und hinter ihnen her kamen die Geräusche der klappernden Teller und Bestecke.

In dieser Garküche habe ich ihn zum erstenmal gesehen. Es war kurz nach

zwölf Uhr und kein einziger Stuhl war frei. Er sass in einer Ecke an einem grossen Tische, mitten unter jungen Leuten, deren Spässe und Gelächter den ganzen Raum anfüllten. Selbst der Bediener, ein älterer Mann mit einem undurchdringlich verschlossenen Gesichte, das das Leben gebeizt hatte wie eine Maske, liess sich zu einem Scherzwort herab. Er, der sonst immer mit würdiger Gemessenheit, die an diesem Orte geradezu grotesk wirkte, die Speisen nach den Tischen trug.

Inmitten der jungen Leute also sass der Alte. Er machte den Eindruck eines ausgedienten Beamten, eines Menschen, der die Kraft und Wärme eines ganzen Menschenlebens an irgendeinen kleinen, untergeordneten Posten verschwendet hatte, und nun verbraucht und verlassen von seiner kleinen Pension lebte. Seine Kleider wirkten altmodisch und verschlissen. Er mochte den peinlich sauberen Anzug wohl schon viele Jahre getragen haben. Kurz, alles an ihm machte den Eindruck, den Menschen hervorrufen, die jede Stunde ihres Lebens und jeden Pfennig ihres knappen Verdienstes einteilen müssen und nie ein einziges Mal mit vollen Händen geben oder nehmen können. Die immer zu kurz kommen und endlich von selber das Bescheidensein und Zurücktreteten lernen.

Und doch hatte sein Kopf etwas Ehrfurchterweckendes und Patriarchenhaftes Sein. Von Falten kreuz und quer durchfurchtes Gesicht erinnerte an die Gesichter alter Bauern, die einem mitunter in entlegenen Dörfern auffallen. Gesichter, die in unserer Zeit immer seltener werden. Sicherheit hatten seine Eltern noch auf dem Lande gelebt, und erst die Kinder hatte das Schicksal in die grosse Stadt verschlagen. Er sass umringt von der Heiterkeit der jungen Leute, ohne auf sie zu achten. Er schien ganz in sich selbst versunken zu sein, und er ass langsam und bedächtig, ohne von seinem Teller aufzublicken. Ein merkwürdiger Kontrast zu den jungen, lachenden Gesichtern um ihn herum. Als er fertig mit Essen war, holte er aus seiner Rocktasche eine kleine Tabakspfeife, stopfte sie umständlich und verliess, nachdem er sie in Brand gesteckt hatte, das Lokal. Nicht ohne dem Bediener zuzunicken. Die jungen Leute unterbrachen ihr Gespräch, sahen ihm nach und begannen wie auf Kommando gleichzeitig in ein Gelächter auszubrechen.

Ich habe ihn dann noch viele Male in der Mittagszeit an dem grossen Tisch in der Ecke sitzen sehen. Manchmal allein, manchmal mit andern, von deren alltäglichen Gesichtern sich sein vom Leben geprägter Kopf abhob.

Aber eines Tages - es war ein trüber Novembertag - setzte ich mich neben ihn, und es gelang mir, den Alten in ein Gespräch zu verwickeln. Ganz von selbst begann er dann zu erzählen von vergangenen Zeiten. Er meinte, es sei schwer, sich jetzt zurecht zu finden, wo die Menschen so schnell und ohne Behagen in den Tag hineinlebten. Früher sei alles ruhiger vor sich gegangen. Er nannte Strassen, in denen er gewohnt; beschrieb auch, wie sie früher ausgesehen hatten. Bei seinen Worten wurde die Vergangenheit lebendig. Dreissig Jahre seines Lebens hatte er in einer Kanzlei abgesessen. Hinter Akten und eingehüllt in Bürostaub und trockene Luft. Seine Frau war gestorben. Er stand nun ganz allein. Und er sprach wie einer, der selten plaudert.

Doch plötzlich stutzte er. Ueber sein Gesicht glitt ein Schatten. Uns gegenüber hatten zwei junge Leute Platz genommen. Ein Mädchen mit ihrem Freunde. Nach einer Weile sagte der Alte: "Sehen Sie dort den jungen Mann? Ach, es ist ja alles so traurig, aber ich werde es Ihnen doch erzählen. Wir hatten einen Sohn! Er war unser einziges Kind, und wir haben für ihn gedarbt und gespart. Wir haben ihn auf das Gymnasium geschickt; er sollte studieren. Dann kam der Krieg. Ich sehe noch, wie mein Junge ins Feld rückte. Es war ein langer, grauer Zug Soldaten. Sie hatten Blumen an den Gewehren und sangen. Ich sehe noch sein Gesicht unter dem grauen Helm. Er war unsre ganze Hoffnung. Alles hatten wir auf ihn gesetzt. Bei allem, was wir taten, dachten wir an ihn. Aber er ist nicht wieder gekommen. Vermisst - hiess es - vermisst... Wir haben uns an alle möglichen Stellen gewandt. Alles umsonst. Niemand wusste, wo unser Junge geblieben ist. Die ganzen Jahre haben wir gewartet, dass ein Wunder geschieht,

man liest ja immer wieder in den Zeitungen, dass noch einer zurück kommt, einer von den Vermissten - und dass er eines Tages doch noch vor der Türe stehen könnte. Aber es gab kein Wunder. Wir haben nichts mehr von ihm erfahren. - Warum ich Ihnen das alles erzähle? Ich weiss nicht, wie das geschehen kann: dieser junge Mann da drüben am Tische ist ihm wie aus dem Gesicht geschnitten. Er machte eine Pause. "Es ist ja nun schon so lange her", fuhr er dann fort, "aber ich weiss doch nicht einmal, was aus meinem Jungen geworden ist... Weiss nicht, wie er umgekommen ist...."

Und während er dies sagte, rannen ihm auf einmal die Tränen über das Gesicht. Die Leute an den andern Tischen sahen ihn an. Sie hoben den Blick. Sie waren ganz verwundert und beinahe erschrocken, denn sie hatten hier noch nie einen Menschen weinen gesehen. Auch das Pärchen vom Nebentische blickte zu uns herüber. Das Mädchen hatte stille, grosse Augen. Sie rührte ihren Freund leicht am Ärmel. Halb fragend, halb bedauernd. Der Alte aber fühlte auf einmal die vielen Blicke auf seinem Gesichte liegen. Er erschrak und fuhr sich mit der Hand über die Augen. Seine Züge waren erfüllt von dem Ausdruck tiefen Erleidens, von einem jahrelangen Schmerz, der jetzt die Ruhe und Verslossenheit seines Gesichtes durchbrochen hatte. Er stand auf und ging, ohne Gruss und ohne ein Wort zu sprechen. Die Menschen an den Tischen sahen ihm nach. Dann assen sie doppelt so schnell weiter, als müssten sie die verlorene Zeit wieder einholen. -

Ich bin später noch einige Male in der Garküche gewesen, aber ich habe den Alten nie wieder gesehen. Als ich eines Tages den Kellner fragte, schüttelte er nur den Kopf und setzte hinzu: "Er kam jeden Tag pünktlich um dieselbe Zeit. Er wird wohl krank sein". An diesem Tage sassen wieder die jungen Leute vom ersten Male an dem Tisch in der Ecke. Ich sah einen jeden von ihnen an und musste unwillkürlich denken: Hinter ihrem Namen wird niemals das furchtbare Wort "vermisst" stehen. Und plötzlich sah ich im Geiste wieder den Kopf des alten Vaters, der viele Jahre lang auf seinen Sohn wartet, umsonst - und in peinigender Ungewissheit über sein Schicksal. Alfred Prugel.

Hohe Schule der Polizei.^x

SPD. Wenn es das doch schon gegeben hätte, als wir noch Kinder waren! Das wäre ein Spielzeug gewesen! Auf grossen Tischen sind Miniaturstadtteile aufgebaut. Ganze Strassenzüge mit richtigen kleinen Häusern, Villen, Mietskasernen, Amtsgebäuden. Strassenbahnen und Automobile fahren in den Strassenschächten. Kleine Figuren deuten die Menschen an, die auf Alleen zwischen Bäumen, auf den Strassen gehen und die Fahrdämme kreuzen. Und inmitten steht eine Schupffigur, die den brandenden Miniaturverkehr regelt.

Wo sind wir? In einer Weihnachtsausstellung eines grossen Warenhauses? Um diesen Planspielkasten herum stehen ausgewachsene Männer, ältere und jüngere, und - ja, was machen die da? Spielen sie?

In einem anderen Zimmer steht ein anderer Planspielkasten. In dem scheint es Nacht zu sein, denn kein Mensch und kein Gefährt ist unterwegs. Die ruhen noch in Schachteln verpackt. Auch hier stehen ausgewachsene Männer herum, packen die Figuren aus und inszenieren einen Miniaturstrassentumult.

Nebenan ist ein kleines grosses Warenhaus. Nicht so ein kleiner, billiger Kaufladen, wie er uns alle Jahre zu Weihnachten beglückte. Ein richtiges Warenhaus mit vollständiger Ausstattung und elektrischer Beleuchtung und vielen Stockwerken, die man einzeln abheben kann. An einer Stelle sieht man ein in die Mauer gebrochenes Loch. Einbrecher waren da. Unordnung herrscht. Waren sind gestohlen worden. Man untersucht, stellt den Weg fest, den die Diebe genommen haben müssen, sucht Anhaltspunkte, Spuren, Indizien.

Und wieder an einer anderen Stelle dieses merkwürdigen Hauses, diesmal im Keller, ist plötzlich ein kleiner Wald. Auf einem Moos- und Laubteppich liegt zwischen Bäumen eine Leiche. Fusspuren sind sorgfältig angezeichnet und die Fundstelle einer Patronenhülse. Die Leiche ist eine Puppe ohne Kopf. "Wir haben," so erklärt der Führer durch diese sonderbaren Räume, "für alle unsre Leichen im ganzen Hause nur einen Kopf. Der wird immer ausgewechselt. Er wird jetzt sicher gerade woanders gebraucht."

Wo also sind wir hier? Wo beschäftigen sich Erwachsene mit Planspielkästen und Leichenpuppen? Es ist ein sehr ernstes Spiel und wird in Berlin im preussischen Polizeinstitut gespielt, das in einer ehemaligen Kaserne in Charlottenburg untergebracht ist. Dieses Institut ist die zentrale Bildungs- und Forschungsstätte für die gesamte Polizei. Hier hat man die modernsten Eigenschaftsprüfungen für eine strenge Berufsauslese geschaffen. Junge Kriminalkommissaranwärter werden hier ausgebildet. Ausserdem dient das Polizeinstitut noch dazu, bereits erprobten und bewährten Polizeibeamten aller Dienstzweige den Gesichtskreis zu erweitern. Alljährlich finden hier einige Weiterbildungslehrgänge, die mehrere Wochen dauern, für Polizeioffiziere und obere Kriminal- und Polizeiverwaltungsbeamte statt.

Um auch bei diesen theoretischen Unterweisungen engsten Konnex mit der Praxis zu halten, hat man im Polizeinstitut eine grosse, ausserordentlich interessante Lehrmittelsammlung geschaffen, die allerdings aus leicht erklärlichen Gründen der Öffentlichkeit streng verschlossen ist. Da sieht man, wie viele Mittel und Wege die Polizei heute hat, um an den verschiedenartigsten Spuren Verbrechen und Verbrecher erkennen zu können, und was ein Kriminalbeamter alles wissen und lernen muss, um alle diese Möglichkeiten zu erschöpfen. Da gibt es nicht nur Werkzeug-, Blut-, Fuss-, Geschosspuren und Fingerabdrücke da hängt zum Beispiel auch eine ganze Knotensammlung. Jeder Beruf macht seine eigenen, ganz bestimmten Knoten. Auch daran kann man mitunter den Täter feststellen. Ein ganzer Saal ist der Graphologie gewidmet, die ein immer wichtigeres Hilfsmittel wird. Bildersammlungen zeigen bekannte Kapitalverbrecher: Kürten, Haarmann und andere. Eine der sonderbarsten Waffensammlungen enthält neben recht merkwürdigen Dingen einen Schlagring mit Pistole, so eindeutig für den politischen Strassenkampf geschaffen, dass man sich an den Kopf greift, wie es Fabrikanten geben kann, die damit ihr Geld verdienen. Da ist eine kleine Falschmünzerei aufgebaut, eine kleine Spielhölle mit allen verbotenen Spielen und Apparaten.

In einem der der politischen Polizei gewidmeten Räume wird man an die jüngste Vergangenheit erinnert. Dort findet man Bombenlegergeräte. Hier ruht auch still in einem Kasten die Maschinenpistole, mit der Rathenau ermordet wurde.

Sonderbar wie das ganze Haus ist auch die Lektüre der Leute. Sie lesen Kriminalbücher, die neuerdings eigens für sie und den polizeilichen Dienst- und Lehrbetrieb geschrieben worden sind, und die es vorsichtshalber im Buchhandel nicht gibt. Was der Pitaval für die Justiz ist, das wird diese Sammlung einmal für die Polizei werden. Der eine Teil dieser Sammlung behandelt die letzten grossen Kriminalfälle und die Arbeit der Polizei bis zu ihrer restlosen Aufklärung. Der andere Teil der Sammlung, auch ein trauriges Zeichen unserer Zeit, schildert die starke Beanspruchung der uniformierten Polizei im Strassendienst. Hier werden die ganzen Vorfälle rekonstruiert und kritisiert, sodass man am praktischen Beispiel alle notwendigen Studien machen kann.

"Wir haben" - so wird uns erklärt - "noch viele Beamte, die nicht durch diese schwere und anspruchsvolle Schule gegangen sind, wie wir sie heute geschaffen haben. Und trotzdem werden sie gerade nach den Ereignissen der letzten Zeit zugeben, dass unsre Schutzpolizei die Nerven hat, auch den schwierigsten Situationen gewachsen zu sein, dass unsre Kriminalpolizei das Wissen und die Erfahrung hat, auch die kompliziertesten Fälle schnell und restlos aufzuklären. Wenn sich die Arbeit des Polizeinstitutes erst einmal im Laufe der Zeit noch mehr in der Praxis gezeigt haben wird, dann werden Sie sehen, dass wir alles getan, den denkbar sichersten Beamtenapparat geschaffen haben, um den Staat und die Bürger in allen Fällen unbedingt und sicher zu schützen."

Mario Mohr

Berliner Theater.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Im letzten Jahre vor dem Kriege erregte der Tod einer bekannten Berliner Schauspielerinnen durch seine Begleitumstände beträchtliches Aufsehen. Die erkrankte Künstlerin hatte sich aus ärztlicher Behandlung fortbegeben und sich dazu verleiten lassen, Heilung bei einer Gesundheitsbeterin zu suchen, einer Anhängerin der sogenannten "Christlichen Wissenschaft", nach deren Dogma Krankheit nur in der Einbildung besteht und deshalb durch blossen Gesundheitswillen beseitigt werden kann. Inzwischen haben wir grössere Sorgen gehabt, und von der "Christlichen Wissenschaft" ist kaum noch die Rede gewesen. Erst heute, nach rund achtzehn Jahren, haben wir nach dem Naturgesetz ewiger Wiederholung einen neuen Fall "Christliche Wissenschaft". Die Ursache ist diesmal eine Theateraufführung, in deren Mittelpunkt die Begründerin dieser seltsamen Lehre steht. Der Stoff hat erneut eine öffentliche Diskussion entfacht, und man hat sogar von einer Anzeige der Anhänger der "Christian Science" gegen die Verfasserin, den Regisseur und die Hauptdarstellerin des Stückes wegen Gotteslästerung (!!!) gehört.

Eigentlich ist Stefan Zweig der Urheber dieses neu aufgeflamten Streites der Meinungen, der unser neusachliches, aufgeklärtes Geschlecht seltsam unzeitgemäss anmutet, es freilich in Wirklichkeit keineswegs ist, wie der grosse Zulauf zu allen möglichen Wunderdoktoren beweist. Zweigs glänzende, dramatisch packende Schilderung der Mary Baker-Eddy in seinem vor einem halben Jahre erschienenen Buche "Die Heilung durch den Geist" ist die wichtigste Quelle des Schauspiels "Die Heilige aus U.S.A." von Ilse Langner, das im "Kurfürstendamm-Theater" seine Uraufführung erlebte. Die Wirkung dieser Aufführung geht ausschliesslich vom Stoffe aus. Man kann hier nicht einmal von dramatisierter historischer Reportage oder von Tendenzdichtung sprechen, weil jegliche selbständige Gestaltung, jeder Versuch einer dramatischen Entwicklung und einer psychologischen Verlebendigung der Personen fehlt. Die Verfasserin reiht ganz primitiv überliefertes historisches Material, aus dem besonders bemerkenswerte Episoden ausgewählt sind, aneinander, und sie ist durch bühnentechnische Notwendigkeiten gezwungen, längere Entwicklungsreihen stark zusammenzuziehen. Dadurch fehlt natürlich den dargestellten Vorgängen die letzte Ueberzeugungskraft. Die Aufführung zieht ihre Wirkung im wesentlichen aus der szenisch und bühnenbildnerisch eindrucksstarken Wiedergabe des Stückes und aus der suggestiven Verkörperung der Titelrolle durch Agnes Straub. Besonders reizvoll ist ferner die musikalische Umrahmung von Ernst Toch, die eine geistreiche Charakterisierung dieses religiös maskierten mystischen Rummels in den entsprechenden schreienden Orchesterfarben enthält.

Ganz anders geartet ist das im Thema verwandte Schauspiel "Die Herde" such von Fred Neumeier, dessen Uraufführung uns das Staatliche "Schiller-Theater" vermittelte. Das Milieu ist hier ein Armeuteviertel Berlins, und die Hauptfigur ist ein epileptischer Heilsbringer vom Schlage eines Weissenberg, mit dem Unterschiede freilich, dass dieser Werkmeister Grünhuth zutiefst an seine religiöse Sendung glaubt, dass ihn ein verzückerter Idealismus treibt und ihm jedes schwindlerhafte Motiv fehlt, sodass er sich schliesslich von der von ihm ins Leben gerufenen Massenbewegung abwendet, als sie in geschäftlichen Betrieb und Reklame veräusserlicht. Dieses psychologisch und sozial äusserst aktuelle Zeitbild ist mit dichterisch visionärer Kraft und Einprägsamkeit, mit aufwühlender dramatischer Lebendigkeit und Wucht und mit echter Charakterisierung der Personen gestaltet. Kleine sprachliche und szenische Unbeholfenheiten eines Anfängerwerkes verschwinden hinter dem grossartigen Aufbau mancher Szenen. Es ist nicht uninteressant, dass der christlich-nationale "Bühnenvölkerbund" sich durch dieses Stück in seiner Spiesserborniertheit verletzt gefühlt und deshalb seine Mitglieder aus den Aufführungen des Werkes zurückgezogen hat. Die von Jürgen Fehling geleitete Aufführung war eine Glanzleistung die-

ses Theaterwinters. Hier scheint ein vielversprechender Dichter entdeckt worden zu sein, dem vielleicht der Kleistpreis gebührt hätte.

Stattdessen hat im Oedön Horvath bekommen, der Verfasser des Volksstücks "Geschichten aus dem Wiener Wald", das wir im "Deutschen Theater" kennen gelernt haben. In diesem Stücke begibt sich mancherlei, das zum Wiener Wald nicht viel mehr als eine zufällige äussere Beziehung hat. Ein etwas leichtlebiger junges Mädchen sagt sich von seinem Bräutigam, einem braven Handwerksmeister, los, verliert sich an einen verfluderten Tagesdieb, bekommt von ihm ein Kind, gerät als Nackttänzerin auf die Bühne eines Lebeweltlokals, wird bei einem Diebstahl erwischt und findet schliesslich, nachdem das Kind, dieser Makel, elend zugrunde gegangen ist, doch wieder zu ihrem liebevoll verzeihenden früheren verlobten zurück. Auch der verkommene Liebhaber landet zum Schlusse reumütig in den Armen seiner ehemaligen Geliebten, einer überreifen verwitweten Tabakladeninhaberin. So ist wieder alles in schönster Ordnung, und der Vaterfluch gegen das entgleiste Mädchen kann sich in den Segen für den kommenden Ehebund verwandeln. Das Stück ist nicht nur verfehlt in seinem losen Nacheinander willkürlich abgerissener Szenenfetzen ohne eigentliche dramatische Entwicklung, sondern auch schwer erträglich in seiner Mischung von Zynismus und missglückter satirischer Komik - etwa in der Karikatur eines nach Wien verschlagenen schnoddrigen Hakenkreuzstudenten aus Kassel - und kitschiger Sentimentalität. Bewunderswert bleibt dennoch das den Darbietungen des "Deutschen Theaters" immer wieder eigene, von einer Reihe im schönsten Sinne prominenter Darsteller getragene hohe Niveau der Aufführung unter der von Tempo und wirbelnder Lebendigkeit erfüllten Regie von Heinz Hilpert.

Zum Gedächtnis des kürzlich verstorbenen Artur Schnitzler brachte die "Volksbühne" die einaktige tragische Grotteske "Der grüne Kakadu" heraus, die auf dem Hintergrunde des Anbruchs der französischen Revolution ein dramatisch bewegtes Stimmungsbild des sterbenden Rokoko mit seinen aufeinander prallenden sozialen Gegensätzen enthält und in ihrem Durcheinanderfluten von Scheinwelt und Wirklichkeit, von komödiantischer Spielfreude und blutigem Lebensernst, von Liebes Lust und Leid charakteristisch für den Dichter ist. Hinterher gab es Jedekinds romantisch ironischen Einakter "Der Kammersänger". Beide Werke kamen dank dem echten Komödiantentemperament des Hauptdarstellers Rudolf Forster zu lebendigster Wirkung.

Bz.

Die Raubwespe.^x

SPD. Fast das ganze Jahr über sind unsre Fluren, am häufigsten Flussufer und Sandhügel, von dem merkwürdigen Volke der Raubwespen belebt. Sie sind friedliche, von Blumenstaub und Blütentau sich nährende Tiere, solange sie für ihre Bedürfnisse sorgen; sie sind jedoch kaltblütige und abgefemte Mörder, wenn ihr Mutterinstinkt erwacht. Dann fallen sie andere Insekten, namentlich Larven und Raupen, an und wissen sie auf eine noch unbegreifliche Art zu lähmen. Sie stechen das Nervensystem ihrer Beute so geschickt an, dass die Beine gelähmt werden, das Leben jedoch erhalten bleibt. Dann denken sie an den Winter, d.h. ans Vorratsammeln. Sie schleppen Larve um Larve in eine selbstgegrabene Erdhöhle und schichten sie dort auf, wie weiland Ritter Blaubart seine toten Frauen. Nur legen sie dem Opfer ein Ei auf den Leib. Aus dem kriecht eine Raubwespenlarve aus, fällt sofort die zitternde arme Raupe an und frisst die Wehrlose bei lebendigem Leibe auf. Das Hamstermagazin ist so genau berechnet, dass die Entwicklung der jungen Raubwespe beendet ist, wenn die letzte Larve verzehrt wurde. Dann durchbricht das Tier den Verschluss seiner Höhle und erblickt zum erstenmale das Tageslicht.

Das alles ist wunderbar, aber noch keine eigentliche Zivilisationslei-

stung. Die wurde von den englischen Forschern George und Elizabeth Peckham beobachtet und allen Ernstes so beschrieben: Eine solche mit dem Verschluss ihrer Bruthöhle beschäftigte Raubwespenmutter keilte die Öffnung mit einem Steine zu, schaffte dann eine Partie feiner Staubkörner an den Ort, nahm nun einen Kieselstein in ihre Beisszangen und stampfte damit den Boden glatt, indem sie den Stein als Stösser benutzte. Hierauf legte sie ihn beiseite, brachte eine neue Fuhre Erde heran, griff abermals nach ihrem Stein und fing neuerdings zu pflastern an. Das wiederholte sie noch einmal. Erst dann war sie befriedigt, liess ihren Stein liegen und flog davon.

Ich glaube, es bedarf keiner weiteren Beweise dafür, dass auch die Tiere nicht ohne Zivilisation sind, wenn sie arbeiten müssen. Auch sie leben vergesellschaftet; auch sie tragen Vorräte ein, schaffen sich Wohnräume, teilen sich in die Arbeiten, erwerben sich eine Heimat, ein Besitztum, das sie auch zu verteidigen wissen. Wie ein Gesetz läuft diese Tatsache durch die ganze Tierreihe. Je einfacher und hilfloser die Tiere sind, desto primitiver ist ihre Zivilisation. Aber immer bleibt das Gesetz sichtbar; immer erkennt man die Grundtatsache, dass die Tiere durch Arbeitsteilung und gegenseitige Hilfe zur Verbesserung ihres Daseins kommen wollen und auch kommen.

Dr.R.H.Francé.

Gold in Birken.^x

Die Sonne warf sich im Versinken
in ein paar hohe Birkenbäume.
Die Blätter begannen gierig zu trinken
das Flammengold verschollener Träume,
im hellen Laub erzitterten die Strahlen
und glänzten auf der weissen Rinde.
Es war das Gold, wie es die alten Maler malen,
wie's manchmal einem zarten Kinde
auf seinem flaumigen Scheitel funkelt.
Die Birken waren Heilige am Wege. - -

Jetzt hat der Himmel sich verdunkelt.
Und eine Wolke schwimmt im Blattgehege.

Melchior Douglas.

SPD. Konzertkultur in früheren Jahrhunderten.^x Die ersten öffentlichen Konzerte gegen Eintrittsgeld veranstalteten Banister und Britton um das Jahr 1680 in London. In Paris kam es erst um 1725 zur Gründung der "Concerts spirituels" durch Philidor, die dann auf dem europäischen Kontinent das Zeitalter unsres öffentlichen Musiklebens einleiteten. Noch bis ins 19. Jahrhundert hinein waren bei Veranstaltungen von Konzerten lautes Sprechen, Kartenspiele und dicker Tabaksqualm nichts Aussergewöhnliches. Nur ganz grosse Künstler wie beispielsweise Spohr konnten es erreichen, dass etwa der Hof von Stuttgart ihn anhörte, ohne dabei laute Gespräche zu führen. Uebrigens galt das mehrfache Stimmen eines Instrumentes vor einem öffentlichen Musikvortrage nach einer Berliner Vorschrift um 1750 als unpassend und war bei hoher Geldstrafe verboten.

Preussischer Landtag

26. 11. 1931

SP1 Berlin, den 25. November 1931

Als erster Punkt auf der Tagesordnung der Mittwoch=Sitzung des Preussischen Landtags steht die Wahl eines neuen Landtagspräsidenten, für die von der sozialdemokratischen Fraktion als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Bartels des Abg. Leinert vorgeschlagen wurde.

Das Haus war stark besetzt. Angesichts der Gerüchte, die vor der Sitzung in den Wandelgängen des Landtages die Runde machten, wonach zwei Fraktionen des Hauses ihre Vizepräsidenten zurückzuziehen beabsichtigten, wenn der Abg. Leinert zum Präsidenten gewählt würde, herrschte starke Spannung. Unter den Abgeordneten bemerkte man auch den preussischen Ministerpräsidenten Braun.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung beantragt Abg. Grass (Ztr.) die Absetzung der Präsidentenwahl von der Tagesordnung. (Lebh. Zurufe b.d. Komm.)

Abg. Schwenk (Komm.) widerspricht der Vertagung der Wahl mit der Begründung, es müsse festgestellt werden, ob der Landtag bereit sei, einen Mann, wie Leinert, zum Präsidenten zu wählen. Die Kommunisten schlugen für die Wahl des Präsidenten ihren Fraktionsgenossen Kasper vor (Lachen b.d. übrigen Parteien).

Der Vertagungsantrag des Zentrums wird mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Der auf einen Antrag der Deutschen Fraktion zurückgehende Antrag des Hauptausschusses, worin das Staatsministerium ersucht wird, bei der Reichsregierung auf eine Revision des Young=Plans mit dem Ziel der absoluten Einstellung jeglicher Reparationszahlungen hinzuwirken, wird in namentlicher Abstimmung mit 184 Stimmen der Rechtsparteien von insgesamt 276 abgegebenen Stimmen angenommen. Von den Linksparteien wurden 92 Enthaltungskarten abgegeben.

Das Haus wendet sich hierauf der Beratung des deutschnationalen Miss=trauensantrages gegen Kultusminister Grimme zu. Der Antrag wird in erster Linie mit den tiefgreifenden Sparmassnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens, mit einseitiger Personalpolitik und unzureichender Wahrnehmung der deutschen Interessen bei Behandlung des Minderheitenschulwesens begründet.

Abg. Oelze (Dtn.) erklärt, die Notverordnung der Staatsregierung, die in einer Fülle von Kundgebungen als ungesetzlich bezeichnet worden sei, und gegen die auch der Staatsrat Stellung genommen habe, bedeute eine Gefährdung unserer christlich=deutschen Kultur. Es sei zu hoffen, dass das Reichsgericht demnächst die gesamte Notverordnung für ungesetzlich erklärt.

Zu Weihnachten sei ein Generalangriff der Gottlosen auf die christliche Religion geplant. Zahlreiche Missgriffe des Kultusministers seien in der Personalpolitik vorgekommen, besonders an den pädagogischen Akademien. Der Fall Dehn in Halle sei eigentlich ein Fall Grimme. An die Akademie der Künste habe der Minister gegen seine eigenen Statuten 13 seiner Gesinnungsfreunde als Mitglieder berufen. Die Arbeit des Vereins für das Deutschtum im Auslande habe der Minister beeinträchtigt, die Erörterung des Kolonialproblems eingeengt. Seiner Kulturpolitik fehle jedes nationale Erziehungsziel.

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.) weist darauf hin, dass seine Fraktion keinen Zweifel über ihre Unzufriedenheit mit einer ganzen Reihe von Bestimmungen der preussischen Notverordnung und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen gelassen habe. Andererseits habe sie aber doch volles Verständnis für die ausserordentliche Lage, in der sich die Staatsregierung befinde. Wem es auf sachliche Arbeit ankomme, müsse zugeben, dass es schlechterdings unmöglich war, die erforderlichen Sparmassnahmen mit dem Parlament durchzuführen. Daher sei kein anderer Weg möglich gewesen, als das die Staatsregierung von der Ermäch=

tigung der Reichsregierung Gebrauch machte. Dem Zentrum komme es jetzt darauf an, die unterlaufenen Fehlgriffe auszumerzen. Der Redner trägt dann die einzelnen Bedenken seiner Freunde gegen die Sparverordnung vor, die sich u. a. beziehen auf die mechanische Regelung beim Abbau im Volksschulwesen. An der konfessionellen Schule müsse festgehalten werden. Die für die höheren Schulen geplanten Sparmassnahmen liessen einen finanziellen Nutzeffekt nicht absehen. Den Misstrauensantrag gegen den Kultusminister lehne das Zentrum ab.

Abg. König-Potsdam (Soz.):

Deutschnationale Bürgermeister und Gemeindevorsteher sind bei der gegenwärtigen Finanzlage der Gemeinden genau so zum Abbau der Schullasten gezwungen wie das Preussische Staatsministerium. Wenn die Ueberweisungen des Reiches immer geringer werden, das Aufkommen der Steuern den Voranschlägen nicht entspricht und die Ausgaben für die Wohlfahrtspflege unaufhörlich wachsen, d. h. also wenn 5 Millionen Arbeitslose unterstützt werden müssen, sind Sparmassnahmen unausweichlicher Zwang, und in dieser Not ist auch die Schule kein Rührmichnichten. Preussen ist schon einmal, nämlich im Jahre 1924, in der gleichen Notlage gewesen. Damals haben der volksparteiliche Kultusminister Dr. Boelitz und der volksparteiliche Finanzminister Dr. von Richter einen generellen Abbau der Volksschullehrer um 25 % des Lehrpersonals beantragt, und nur am Widerstand der Sozialdemokratie ist diese Vorlage hier im Hause gescheitert. Unsern prinzipiellen Antrag, dass durch den unvermeidlichen Abbau auf dem Gebiet des Schulwesens die pädagogischen und hygienischen Interessen namentlich der Volksschulen nicht verletzt werden dürfen, haben damals nur die Kommunisten angenommen; Demokraten, Zentrum, Volkspartei und Deutschnationale aber abgelehnt. Wer 1924 bereit war, mit einem Schlage 28 000 Volksschullehrer zu entlassen, und sich heute darüber entrüstet, dass die gegenwärtige preussische Regierung 7 000 Lehrer abgebaut habe, ist nicht ehrlich, der spielt nur Theater. (Lebhafte, allgemeine Zustimmung links). Der Abbau der Zulagen soll eine besondere Rücksichtslosigkeit sein und mit allerlei schwarzen Plänen des Unterrichtsministers zusammenhängen. In Wahrheit sind diese Zulagen bei der letzten Besoldungsordnung von der Lehrerschaft selbst bekämpft worden, und wir Sozialdemokraten haben ihnen nur zugestimmt, weil die allgemeine Besserstellung der Volksschullehrer nicht durchzusetzen war. (Sehr wahr!) An dem allmählichen Rückgang der humanistischen Gymnasien wird auch das Bedauern des Kollegen Oelze nichts ändern, das ich persönlich teile. Wir können die Bevölkerung nicht zwingen, ihre Kinder in diese Anstalten zu schicken. Gegenüber der Darstellung des Kollegen Lauscher, als greife der Staat mit rauher Hand in das höhere Schulwesen ein, muss ich feststellen, dass keine Einrichtung in Preussen so geschont wird wie höhere Schule und Universität. Ich erinnere nur an die skandalösen Vorgänge in Halle, denen gegenüber der Staat viel zu langmütig gewesen ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist doch unerhört, dass die Theologiestudenten, die bei Herrn Professor Dehn hören wollten, von den Radaumachern daran gehindert worden sind. Der Berufung Dehns hatte der Oberkirchenrat und die Fakultät zugestimmt. Aber die Deutschnationalen, die sonst alle Spree begeistert aufnehmen, die von der Sozialdemokratie fortfliegt, haben eben geglaubt, dass Dehn kein Renegat wäre und deshalb die Tumulte inszeniert. In solchem Fall darf die Republik keine Schwäche zeigen! (Sehr gut! bei den Soz.) Die Pädagogischen Akademien haben die Deutschnationalen im Unterrichtsausschuss neulich überhaupt zumachen wollen, weil wir ja Ueberfluss an Anwärtern hätten. Als ob man die Universitäten abschliesse, weil wir ein Ueberangebot an Referendaren und Assessoren haben. Aber in der Stellungnahme gegen die Akademien kommt der Hass der Reaktion gegen eine gute Ausbildung der Volksschullehrer zum Ausdruck. Wir sind gegen Schliessung und Aufnahmesperre der Akademien, um nicht den reaktionären Angriffen auf die Volksschullehrerbildung überhaupt Vorschub zu leisten. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Wir kommen in dieser schweren Zeit um unliebsame Massnahmen nicht herum. Kein Mensch trifft sie gern; der Minister nicht, seine Beamten nicht, wir alle nicht. Aber deswegen ein Misstrauensantrag?! Das ruft bei allen Verständigen nur ein Lachen hervor. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Frau Dr. Neumann (Dtn.): Ein Sozialdemokrat als Kultusminister ist für uns schlechterdings untragbar. (Aha! bei den Soz.) Der "religiöse Sozialist" Grimme kann sich in der materialistischen Sozialdemokratie doch nicht durchsetzen. Die tapferen nationalen Studenten von Halle haben unsere volle Sympathie.

Abg. Möller-Halle (Soz.): Die Krawalle an der Universität Halle waren die Folge einer schamlos unverantwortlichen Parteihetze. Sie wäre wahrscheinlich nicht entstanden, wenn man nicht irrtümlicherweise angenommen hätte, Dehn sei Sozialdemokrat. Hinter den Menschen und Gelehrten Dehn hat sich die ganze Dozentenschaft der Universität Halle, hat sich alles gestellt, was in der Theologischen Wissenschaft einen Namen trägt. Unter diesen Umständen ist es geradezu ungeheuerlich, dass die Vorrednerin sich zu der Behauptung verstiegen hat, die Verantwortung für diese Studentenkrawalle trüge der Minister. Waren es überhaupt Studentenkrawalle? In der Hauptsache wurden sie von S.A. Leuten gemacht, die in den Krawalltagen zum ersten Mal eine Universität betreten haben. (Heiterkeit). Die Verantwortung für diese skandalösen Ausschreitungen tragen die, die sie inszeniert haben, und sie sassen nicht im Kultusministerium in Berlin, sondern im Braunen Haus in München. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Nach einigen weiteren Erklärungen schliesst die Debatte. Die Abstimmung findet am Freitag statt.

Hierauf berichtet Abg. Leinert (Soz.) ausführlich über die Beratungen des Geschäftsordnungsausschusses über den Entwurf einer neuen Geschäftsordnung des Hauses. Hervorzuheben sind insbesondere die neuen Bestimmungen zur Einschränkung der Kleinen Anfragen und der Bemerkungen zur Geschäftsordnung sowie die Erschwerung der Herbeiführung namentlicher Abstimmungen. Die bisher für das Plenum vorgesehenen Ordnungsbestimmungen sind sinngemäss auf die Ausschüsse übertragen.

Die Aussprache über die neue Geschäftsordnung wird auf Donnerstag Mittag 12 Uhr vertagt.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 25. Nov. (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag befasste sich am Mittwoch zunächst mit einem Antrag der Landvolkpartei, der von der Reichsregierung fordert, sie möge Revisionsverhandlungen über den Youngplan einleiten mit dem Ziele voller Befreiung Deutschlands von den Zahlungen. Schon im Ausschuss hatte die Sozialdemokratie darauf aufmerksam gemacht, dass 1. der Preussische Landtag dafür nicht zuständig sei; 2. dass ihres Wissens die Reichsregierung bereits mitten in solchen Verhandlungen stehe; 3. dass der Antrag total blödsinnig formuliert sei. Ungeachtet dieser wirklich durchschlagenden Einwände stimmten KPD. - es lebe die nationale Volksrevolution! - und sämtliche bürgerliche Parteien dem Unsinnsantrag zugestimmt. Die Sozialdemokratie hat sich sowohl im Ausschuss wie im Plenum der Stimme enthalten: sie spielt in dem Affentheater nicht mit.

Der zweite Akt des Theaters war das deutschnationale Misstrauensvotum gegen den Kultusminister Grimme wegen der Abbaumassnahmen an den preussischen Schulen, gegen die Grimme Kampf bis zum äussersten mit dem Finanzminister geführt hat. Trotzdem Entrüstung der Rechten, die im Jahre 1924 den Antrag ge-

stellt hat, mit einem Schlag 25 % sämtlicher preussischer Volksschullehrer und Lehrerinnen zu entlassen. Und ein nicht kleiner Teil der Lehrer macht diesen Unsinn mit. Was über die Unentrinnbarkeit der Sparmassnahmen in der jetzigen Finanzlage und für die Interessen der Volksschule und der Lehrerakademien zu sagen ist, hat Cristoph König (Soz.) vortrefflich ausgeführt. Sehr aufschlussreich war seine Bemerkung, dass wenn man wissen wolle, wer gerade bei Schule und Lehrern immer auf Abbau dränge, man sich einmal überlegen solle, dass das Reich unter seinen Beamten keine Lehrer hätte.

Am Schluss der Sitzung erstattete Robert Leinert (Soz.) im Auftrage des Geschäftsordnungsausschusses einen formvollendeten und sachlich erschöpfenden Bericht über die neue Geschäftsordnung. Jedes Mitglied des Landtages wusste, dass hier der beste Kenner seiner Geschäftsordnung und der beste Präsident sprach, den der Preussische Landtag bisher im Laufe seiner Existenz besessen hat.

Der Donnerstag ist für die Debatte über die neue Geschäftsordnung vorgezogen.
